

# **Bachelor of Arsch**

Über das Scheitern des Bologna-Prozesses und der  
ihm innewohnenden Problematik

Von 828884

*„Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn wir  
alles vergessen, was wir gelernt haben.“*

– Albert Einstein

# **Inhalt**

Vorwort 4

## **1. Die Irrtümer von Bologna 6**

1.1 Die Sache mit der Mobilität... 13

1.2 Der Wettbewerb der Wettbewerbsfähigkeit 18

1.3 Employability – Der Siegeszug der Idioten 27

1.4 Lebenslang zertifiziertes Lernen oder: Die Logik der  
Transaktion 32

## **2. Was ist passiert? Zu den Wurzeln des Bologna- Prozess 37**

2.1 Grundrisse der Geschichte europäischer Bildungspolitik 38

2.2 Zwischenfazit 44

## **3. Quellenverzeichnis 48**

# Vorwort

Was ist wichtiger als ein erfolgreiches Studium? Ein erkenntnisorientiertes Studium. Wer von uns kann heute noch behaupten, sein Studium wäre erkenntnisorientiert? Für die Beschreibung unseres Studiums gilt folgender Dualismus: Entweder es läuft erfolgreich, oder es läuft nicht. Was da für Erkenntnisse bei rumkommen, ist völlig belanglos. Wen stört's eigentlich? Ist doch alles super. Wir liefern geistige Erzeugnisse in Form von Hausarbeiten und Klausuren ab, und bekommen dafür Zertifikate. Das Studium ist zu einer Transaktion verkommen. Aber das hat auch seine guten Seiten. Wir müssen uns nicht mehr mit uns selbst beschäftigen. Und ganz ehrlich, wer will das denn heute überhaupt noch? Wir brauchen doch jede freie Minute, um uns an den Konsumgütern der Kulturindustrie zu laben – als Regeneration versteht sich natürlich, als Ausgleich zum anstrengenden Studienalltag. Ein solcher Alltag lässt uns nicht viel Energie, um uns mit substantiellen Fragen über unser Selbst und unsere Welt zu beschäftigen. Wie gut, dass unsere Fachschaften so fleißig sind und ständig Partys in den angesagtesten Clubs der Stadt organisieren, wo wir uns austoben können, wo wir mit 1,8 im Turm die Lizenz bekommen, uns wie Idioten zu verhalten. Wie gut, dass wir iPods haben, sonst hätten wir morgens gar keine Motivation die Wohnung zu verlassen. Wie gut, dass es die Campus Suite gibt, wo wir uns vor, während und nach den Vorlesungen mit industriellem Fraß und braunem Flüssigkoks versorgen können, um die Strapazen des „Rumsitzen-und-Aufschreibens“ in den langweiligen Vorlesungen zu überstehen.

Darum geht es im Studium heute. Zeittotschlagen bis das Arbeitsleben beginnt und die Kohle ins Haus geflattert kommt. Augen zu und durch, wir können sowieso nichts ändern, selbst wenn wir es wollten. Unter diesem Gesichtspunkt ist es durchaus rational, sich nicht darüber zu informieren, was hochschulpolitisch schon wieder schief läuft. Das erhöht nur den Grad der Frustration und wirkt sich negativ auf die Prüfungsergebnisse aus. Frust ist der Krebs der Motivation. Diese Schrift ist folglich für Idioten, Hobby-Depressive, oder Studienversager, die eine Ausrede für ihr Scheitern suchen, gedacht. Kein normaler Student, der auf der

Höhe des opportunistischen Zeitgeists ist, würde seine Zeit mit diesem Müll hier vergeuden. Den Opfern, die das hier lesen, kann ich zwei Sachen mit auf den Weg geben: 1. Ich bin einer von Euch und 2. Die Anderen sind die Idioten.

828884, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im März 2009

# Die Irrtümer von Bologna

*„Es scheint ein System zu entstehen, in dem zwei große Zyklen, Studium und Postgraduiertenstudium, für den internationalen Vergleich und die Feststellung von Entsprechungen anerkannt werden sollten.“*

– SORBONNE-ERKLÄRUNG

*„Die Vitalität und Effizienz jeder Zivilisation läßt sich an der Attraktivität messen, die ihre Kultur für andere Länder besitzt.“*

– BOLOGNA-ERKLÄRUNG

*„Der Gebildete ist an seinen heftigen Reaktionen auf alles zu erkennen, was Bildung verhindert. [...] Gegenüber absichtlich errichteten Hindernissen und zynischer Vernachlässigung kann es keine Nachsicht geben und keine Gelassenheit.“*

– PETER BIERI

**W**as genau ist es, was uns am Bologna-Prozess so aufregt? Ist es die Aversion gegen Innovation, die in der Furcht vor allem Unbekanntem und somit vor allem Neuem begründet ist? Oder ist es die blinde Ablehnung von allem, was von „oben“ kommt, durch pseudolinke Studenten, die in ihrer sozialen Rolle dem Klischee der 68er Generation zu entsprechen versuchen? Zunächst einmal ist es völlig berechtigt, jedes Reformvorhaben kritisch zu reflektieren und öffentlich zu diskutieren. Das ist eines der Wesensmerkmale aller nicht-faschistischen Gesellschaften. Die Argumente der Studierenden gegen den Bologna-Prozess sind alles andere als linkes Gewäsch. Setzt man sich ausführlich mit ihnen auseinander, wird man feststellen, dass sie durchaus ihre Berechtigung haben. Bei der Auseinandersetzung wird man ebenfalls feststellen, dass von Seiten der Reformen auf die Einwände der Studierenden zu keinem Zeitpunkt eingegangen wurde. Darüber hinaus muss auch ich mich dabei ertappen, wie ich eine mediale

Polarisierung übernehme, indem ich Studierende auf die eine Seite stelle, und das *geschlossen auftretende Establishment* – Parteien, Wirtschaft, Medien, Professoren etc. – mit ihrer Reformagenda auf die andere. Übersehen wird dadurch grundsätzlich, dass es eine signifikante Anzahl von Professoren gibt, die nicht nur den gegenwärtigen Entwicklungen äußerst kritisch gegenüberstehen, sondern dem Reformprozess insgesamt.<sup>1</sup> Das gleiche gilt im Übrigen für Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, so auch aus Wirtschaft und Politik. An dieser Stelle ist es von großer Bedeutung zu erwähnen, dass ich von einem Professor für Psychologie, einem ausgewiesenen Naturwissenschaftler, für die humanistische Idee der Universität sensibilisiert wurde. Und es war ein Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtages, der mich insbesondere auf die strukturellen Schwächen des neuen Akkreditierungsverfahrens aufmerksam machte.

Heute, zehn Jahre nach der Bologna-Erklärung, zeigt sich angesichts des Desasters an deutschen Hochschulen, dass sämtliche Einwände und Kritikpunkte berechtigt waren und es weiterhin sind.

Kann es sein, dass die chaotischen Zustände lediglich Ausdruck von Turbulenzen während der Übergangsphase sind und in ein paar Jahren beendet sein werden? Mag sein, vermutlich aber nicht. Aber kommt es darauf an?

Das Problem, welches Bologna aufwirft, hat unterschiedliche Facetten. Die Bedeutendste wurde während des gesamten Reformprozesses konsequent ignoriert: Welche Auffassung von Bildung steht hinter den Vorstellungen der

---

<sup>1</sup> Hierzu ein Zitat von Julian Nida-Rümelin, Philosophieprofessor an der LMU-München, aus seiner Festrede zum Deutschen Studienpreis in Berlin 2005:  
„Die Reaktionen auf den Bologna-Prozess unter den Kolleginnen und Kollegen sind erstaunlich einhellig: Alle beklagen die zunehmende Verschulung und die enger werdenden Spielräume für eine intensive Kooperation zwischen fortgeschrittenen Studentinnen und Professoren, sowie die eigene Forschung. Wenn sich auch die Erwartungen erstaunlich gleichen, so ist der Tenor der Kritik doch auffällig unterschiedlich. Er reicht vom Alarmismus der einen „und der letzte macht das Licht aus“ für den das Ende der Universität, zumindest der „Verlust ihrer Seele“ unmittelbar bevorsteht, bis zum Quietismus lebenskluger Unerschütterlichkeit nach dem Motto „Die Universität hat die Bildungsexpansion der 60er und die neo-marxistische Indoktrination der 70er Jahre erstaunlich gut bewältigt, sie wird auch den Versuch sie in eine Berufsschule zu verwandeln mit kleinen Nischen für den wissenschaftlichen Nachwuchs überstehen.“; auf: [www.forum-kritische-pädagogik.de/start/request.php?93](http://www.forum-kritische-pädagogik.de/start/request.php?93), Zugriff im März 2009.

Bildungsreformer? Wurde diese Auffassung jemals öffentlich diskutiert? Nein! Mit hohlen Phrasen wie „Inzwischen ist ein Europa des Wissens weitgehend anerkannt als unerläßliche [sic!] Voraussetzung für gesellschaftliche und menschliche Entwicklung“<sup>2</sup> verabsolutieren die Architekten dieser neuen Universität ihre nirgends erörterte Bildungsphilosophie und schützen sie präventiv gegen Kritiker. Wer will schon gegen gesellschaftliche und menschliche Entwicklung argumentieren. Aber das Entscheidende an diesem Zitat ist nicht die ihr innewohnende George W. Bush-Rhetorik. Entscheidend ist der Ausdruck „Europa des Wissens“. Was zum Teufel soll das denn jetzt wieder bedeuten? Das ist weder in der Magna-Charta der Universitäten<sup>3</sup> zu finden, noch im Abkommen von Lissabon (1997), und die Deklaration von Sorbonne (1998) bietet ebenfalls keine Aufklärung darüber, was das sein soll. Die Argumentation der Bologna-Erklärung impliziert, dass dieses Europa des Wissens erst geschaffen werden muss. Was haben wir denn bis jetzt gehabt? Ein Europa der Torheit?<sup>4</sup>

Der Vorwurf der Ökonomisierung der Universität prallt an der riesigen Schutzmauer des Anti-Kommunismus ab, denn jeder, der den Eindruck hat, in dieser Gesellschaft werden nach und nach auch noch die letzten Werte und Normen von kapitalistischer Verwertungslogik assimiliert, ist selbstredend ein gemeingefährlicher Kommunist. Aber ist es denn wirklich eine Ökonomisierung im Sinne der Wirtschaft? Ist es wirtschaftlich ratsam diese Reformen durchzuführen, sprich: betriebswirtschaftliche Logik in die Universitäten einzuführen? Leider gilt es als selbstverständlich, dass die Reformen der Wirtschaft tatsächlich zu Gute kommen, weshalb auch immer wieder unterstellt

---

<sup>2</sup> Bologna-Erklärung, S. 1; Volltext im Anhang.

<sup>3</sup> Anlässlich des 900. Gründungstages der ältesten Universität Europas, ironischerweise die Università di Bologna, verabschiedet von Rektoren und Präsidenten verschiedener europäischer Universitäten; [http://www.magna-charta.org/pdf/mc\\_pdf/mc\\_german.pdf](http://www.magna-charta.org/pdf/mc_pdf/mc_german.pdf), Zugriff am 10.03.2009; Volltext im Anhang.

<sup>4</sup> In der Sorbonne-Erklärung heißt es: „[M]an sollte nicht vergessen, daß [sic!] Europa nicht nur das Europa des Euro, der Banken und der Wirtschaft ist; es muss auch ein Europa des Wissens sein.“; darin kommt unverblümt zum Ausdruck, worin der Schwerpunkt der Europapolitik bisher lag. Es scheint grundsätzlich nicht verkehrt zu sein, die Reformen vor allem in diesem Kontext zu betrachten, wie noch zu zeigen ist.

wird, die gesamte Wirtschaft stünde händereibend hinter dem Prozess.<sup>5</sup> Dabei ist gerade aus Teilen der Wirtschaft durchaus Kritik gegen das neue System zu vernehmen. Und nein, es ist nicht von Grund auf falsch wirtschaftlich zu denken. Natürlich sollte die Universität auch etwas mit dem Rest der Gesellschaft zu tun haben, natürlich sollte die Universität unter anderem auch Fachkräfte für den Arbeitsmarkt hervorbringen – das hat sie Jahrzehntelang erfolgreich getan – aber sie auf diese Aufgabe zu reduzieren, bedeutet sie in ihrem Wesen zu verkennen, bedeutet ihr humanistisches Ideal, ihre große Errungenschaft, ihre Wertschätzung und ihren bedingungslosen Einsatz für die menschliche Individualität für nichtig zu erklären und wegzurationalisieren. Darüber hinaus sind unter *der Wirtschaft* grundsätzlich nicht die Profitjäger der Großbanken zu verstehen, die über ihre Kreditpolitik nicht nur Einzelpersonen in Abhängigkeit drängen (wollen), sondern ganze Staaten an ihrer Entwicklung hindern!

Zehn Jahre nach der Deklaration von Bologna kann man in einer Zwischenbilanz feststellen, welche der proklamierten Ziele erreicht sind, und welche nicht.<sup>6</sup> Die Bilanz ist katastrophal und stellt uns alle vor ein großes Fragezeichen. Wie konnte das alles passieren? Es war doch vorher abzusehen, dass dieses gesamte Unterfangen zum Scheitern verurteilt ist. In elf Jahren sollen über Jahrhunderte unterschiedlich entwickelte Hochschulsysteme in Europa gleichgeschaltet werden, und das ohne Probleme? Und wieso war eigentlich kein Aufschrei zu vernehmen, als das Hauptziel, „die Schaffung des größten *wissensbasierten Wirtschaftsraums der Welt*“ verkündet wurde? Allein in dieser Zielsetzung ist das Verhältnis von Wissen und Wirtschaft doch

---

<sup>5</sup> Selbst wenn einige Akteure aus der Wirtschaft tatsächlich händereibend hinter dem Prozess stünden (das tun einige zweifelsohne), so ist es in Anbetracht der durch Inkompetenz verschuldeten Weltfinanzkrise ebenfalls keine Garantie dafür, dass dieser Prozess tatsächlich ein sinnvoller Beitrag für ihre nachhaltige Stärkung wäre. Es wäre einer von – in letzter Zeit sich häufenden – Kahlschlägen so genannter Experten.

<sup>6</sup> Es wird grundsätzlich nicht davon ausgegangen, dass die Ziele irgendeinen tieferen Sinn haben. Die Bilanz dient lediglich zur Illustration der Unfähigkeit der Reformer. Dort, wo es den Rahmen nicht sprengt, wird auf die Sinnhaftigkeit der Reformen eingegangen respektive Alternativvorschläge formuliert. Aber 900 Jahre Universitätsgeschichte, gepaart mit tausenden von Jahren der Philosophie passen bei aller Liebe nicht in den Rahmen dieser Streitschrift. Hier wird über die Formulierung von Kritik versucht den kollektiven Denkprozess zu stimulieren und nicht endgültige Lösungen zu produzieren, die dann genauso als alternativlos dahingestellt werden, wie diese ganze gottverdammte Reform.

unmissverständlich formuliert: Wissen als Attribut von Wirtschaft, nicht als Weg zur menschlichen Entwicklung, individuell wie kollektiv.

Zur Erreichung ihrer Utopia AG haben die Bologna-Architekten einige Zielvorgaben gemacht. Diese lauten gemäß der Erklärung: *Förderung der Mobilität der Studierenden und Lehrenden, Schaffung eines transparenten Hochschulraumes, die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen.*

Im Folgenden sollen diese Ziele kritisch hinterfragt werden, gepaart mit dem Blick auf die bisherigen Auswirkungen. Vorab lässt sich allerdings schon sagen: Keines der Ziele wurde auch nur annähernd erreicht.<sup>7</sup> Der gesamte Prozess ist eine beispiellose Stümperei und die Verantwortlichen haben es jahrelang versäumt das sich abzeichnende Scheitern zur Kenntnis zu nehmen und Maßnahmen zu ergreifen, um gegen zu steuern.<sup>8</sup> Nun, da es zu spät ist die von vornherein abenteuerliche Frist von elf Jahren (läuft 2010 aus) einzuhalten, wagt nicht einmal mehr Annette Schavan (CDU), die Bundesministerin für Bildung und Forschung, das Desaster zu beschwichtigen. Das ist für uns ein gutes Zeichen, denn Einsicht ist bekanntlich der Weg zur Besserung. Was wir jetzt tun müssen, ist das Zeitfenster ausnutzen, um unsere Vorschläge zur „Reform der Reform“ (Nida-Rümelin) auf die Tagesordnung zu bringen, bevor Bertelsmann und die Kultusministerkonferenz wieder alles im Alleingang regeln, und unsere Nachfolgekohorten in zehn Jahren die nächste Krise genießen können.

Der erste Schritt in Richtung einer Konzeption von Verbesserungen kann nur die kritische Bestandsaufnahme des Gegenwärtigen sein, denn wenn man etwas verändern möchte, muss man zunächst einmal in der Lage sein zu verstehen, um

---

<sup>7</sup> Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin sagte in einem Interview mit SZ-Online sogar: „Gemessen an den ursprünglichen Zielen muss der Bologna-Prozess heute als gescheitert gelten.“; auf: [www.sueddeutsche.de/jobkarriere/643/312557/text/5/](http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/643/312557/text/5/), Zugriff im April 2009.

<sup>8</sup> Der Gipfel der Inkompetenz spiegelt sich in den Lehramtsstudiengängen in Schleswig Holstein wider: Dort ist der Zugang zum Master quotiert (ca. 20% der BA-AbsolventInnen) und mit horensen Zulassungsbeschränkungen belegt; der Bachelor alleine bringt aber keine Lehrberechtigung. Der Lehramtsbachelor hat null Chance auf dem Markt. Was sollen die AbsolventInnen tun? In den 70ern befürchtete man noch ein akademisches Proletariat im Zuge der Ausweitung geisteswissenschaftlicher Studiengänge (damals gab es auf dem Arbeitsmarkt keine Nachfrage danach). Das ist uns bis heute erspart geblieben, aber vielleicht kommt es ja jetzt mit den Lehramtsbachelors.

WAS es sich eigentlich handelt und WIE es zum WAS kommen konnte, bevor man schließlich erklärt WARUM das WAS verändert werden muss. Diesem Dreischritt soll die vorliegende Schrift folgen, wobei Vorschläge zur Verbesserung in den Hintergrund geraten, da diese nur in Kooperation und im Konstruktiven Austausch aller Beteiligten entwickelt werden können, wenn man sich die absolutistische Politik des Establishments nicht zu eigen machen möchte, was mir hoffentlich nicht unterstellt wird. Vereinzelt werden einige Denkanstöße formuliert, die ich aber nicht als umfassende Theorie oder als konkrete Vorschläge verstanden wissen will (dazu reichen sie auch einfach nicht aus).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Darstellung stark vereinfacht ist und eine empirisch-analytische Auseinandersetzung weder ersetzen kann noch soll.<sup>9</sup>

Für die Studierendenschaft ist es wichtig, die Hintergründe dieser Reform zu verstehen, wenn sie als ernst zu nehmender Akteur an den Nachverhandlungen der Reform teilnehmen will. Ziel kann nur sein, eine Kampagne der Information und des Austausches zu initiieren, die bis zum Frühjahr 2010 eine gemeinsame Position – im Minimalkonsens bundesweit, detailliertere Standpunkte auf Länderebene – zu entwickeln und diese dann zu Beginn der Nachverhandlungen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Tagesordnung zu pressen. Jede Gemeinschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Wir müssen versuchen, alle zu erreichen. Es nützt nichts, wenn es eine gut gebildete Minderheit von Wortführern gibt, und eine Masse von Halbinformierten, die ihnen so lange folgen, wie das Wetter gut ist und sie keine Repression zu befürchten haben. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit unsere Lehren ziehen. Mit kurzfristigen Aktionen, wie

---

<sup>9</sup> Einen ersten Ansatz stellt die Studie von Claudia Kretschmann dar: Kretschmann, Claudia (2008): Studienstrukturreform an deutschen Hochschulen: Soziale Herkunft und Bildungsentscheidungen Eine empirische Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess. SOFI Arbeitspapier I SOFI Working Paper 2008–3. Göttingen: SOFI.

Sie untersucht die Studierbereitschaft in Deutschland im Zeitraum 2002 bis 2005 und zeigt auf, dass im Zuge des Bologna-Prozesses, der speziell in Deutschland die Studierbereitschaft der Studienberechtigten, die unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt, erhöhen sollte, nicht nennenswert gestiegen ist. Zudem zeigt sie auf, dass nach wie vor die Studierbereitschaft unterer Schichten nicht gestiegen ist.

Demonstrationen, Vollversammlungen und/oder Besetzungen können wir Aufmerksamkeit erregen, aber keine Ergebnisse erzielen. Wenn wir mit dieser Erkenntnis im Hintergrund in solche Aktionen gehen, dann wird die Enttäuschung im Nachhinein kleiner sein und ihre lähmende Wirkung für die Bewegung verlieren. Das Motto lautet: Mobilisieren für 2010! Geben wir uns nicht den Illusionen der Vergangenheit hin, mit Leerformeln wie „Bildung ist ein Menschenrecht“ durch die Straßen zu ziehen und Ergebnisse zu erwarten. Wir müssen unsere Positionen begründen können. Wir müssen auf dem Niveau der anderen Verhandlungspartner, mit detaillierten Sachkenntnissen unseren Platz in den Verhandlungen einfordern. Wenn wir Studierenden alle, wirklich alle, verstanden haben, worum es uns geht, wenn wir von unserem Standpunkt überzeugt sind, dann wird uns bei schwierigen Aktionen 2010 auch nicht die Luft ausgehen wie etwa bei den Streiks von 2003/04. Die Tatsache, dass man uns einen Platz am Verhandlungstisch mit Stimmrecht nicht zugestehen wird – trotz einer lückenlosen intersubjektiv rationalen Argumentation – entlarvt die Repression erst als Repression. Was dann für Maßnahmen ergriffen werden, das bespricht man dann auf Vollversammlungen, in Teach-Ins etc. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten den Protest zur Eskalation zu bringen. Darüber hinaus sollten wir uns bei unseren Aktionen über Städte- und Ländergrenzen hinaus koordinieren. Die Schüler haben uns eindrucksvoll bewiesen, wie gut das funktionieren kann. Aber die erste Praxis des Protests ist die Theorie. Mit diesen Worten möchte ich nun übergehen zu einem Versuch eines theoretischen Fundaments studentischen Protests. Die Argumentation ist der erste Spatenstich zur Diskussion. Lasst uns miteinander sprechen.

## Die Sache mit der Mobilität...

*„[...] Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen,[...]“*

– BOLOGNA-ERKLÄRUNG

*„Studierende werden unmittelbar davon profitieren, dass die Studienstrukturen flexibler gestaltet sind.“*

– DIETRICH AUSTERMANN

*„Die Länder tragen gemeinsam dafür Sorge, dass die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studien-Abschlüsse und die Möglichkeit des Hochschul-Wechsels gewährleistet werden.“*

– §9 ABS.2 HRG

Das erste, was mit den Reformen de facto abgeschafft wurde, war die Mobilität. Der Wechsel des Studienortes ist nach den Reformen nahezu unmöglich geworden. Ein Studierender kann nicht einmal von Kiel nach Hamburg wechseln – und das sind knapp 90 Kilometer! Der Grund dafür liegt in der bildungspolitischen Kompetenz, die in der Bundesrepublik bei den Ländern liegt. Die „Autonomie“ der Hochschulen erlaubt es ihnen eigenständig Studiengänge zu entwerfen und dezentral akkreditieren zu lassen<sup>10</sup>, was zur unmittelbaren Folge hatte, dass die neuen Studiengänge in jedem Bundesland, ja sogar an fast jeder Universität anders organisiert wurden und somit nicht kompatibel sind. Adieu Mobilität.

---

<sup>10</sup> Zur Akkreditierung von Studiengängen hat sich einiges geändert. Sie werden nun von unabhängigen Akkreditierungsagenturen nach Vorschlägen der Universität durchgeführt. Die Akkreditierungsagenturen haben allgemeine Richtlinien bei dem Entwurf von Studiengängen vorgegeben, die von den Hochschulen eingehalten werden müssen. Für weitere Informationen siehe: <http://www.akkreditierungsrat.de/>

Zur Veranschaulichung hier ein kleines Beispiel:

Der Studienplan Politikwissenschaft BA. an der Universität Freiburg sieht zum Beispiel für den ersten Studienzyklus (undergraduate) vierzehn Veranstaltungen – wovon zehn mit Prüfungsleistungen absolviert werden müssen – in sechs Semestern bei einer Anzahl von 120 ECTS-Einheiten vor, während in Kiel das Fach Politikwissenschaft 19 Veranstaltungen, davon 17 mit Leistungsnachweisen, in sechs Semestern bei einer Anzahl von lediglich 70 ECTS-Einheiten erfordert.<sup>11</sup> Das Modul „Einführung in die Politikwissenschaft“ kann in Freiburg ohne Prüfungsleistung absolviert werden, bringt 8 ECTS-Einheiten bei vier SWS (Semesterwochenstunden), während in Kiel 2 SWS, Prüfungsleistung und vier ECTS-Einheiten zum erfolgreichen Absolvieren des Moduls obligatorisch sind.

Wie sollen die ECTS-Einheiten für Vergleichbarkeit sorgen, wenn die Architektur der Studiengänge von Grund auf verschieden ist? War der genannte Grund für die Einführung des ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System) nicht der, erbrachte Studienleistungen an unterschiedlichen Studienorten anrechnen lassen zu können?<sup>12</sup> Offensichtlich ist der geschätzte durchschnittliche Arbeitsaufwand kein signifikanter Messwert bei dem Transfer von Studienleistungen, was die Frage aufwirft: Wozu ECTS? Die Ignoranz, mit der diese Dysfunktion des Systems seitens der Bologna-Ideologen hingenommen wird, legt die Vermutung nahe, dass es andere Gründe für die Einführung von ECTS gibt, als die Förderung von Mobilität.

ECTS mutet wie ein Paradigmenwechsel in der Leistungsbewertung an, wenn man sich vor Augen führt, dass diese Punkte den durchschnittlichen Zeitaufwand

---

<sup>11</sup> Es handelt sich bei beiden Studiengängen um den Zwei-Fach-Bachelor, falls einige Experten jetzt gedacht haben, darin läge der Unterschied begründet.

<sup>12</sup> Ja. Zum Beweis folgendes Zitat, welches ich aus design-technischen Gründen nicht in den Fließtext unterbringen wollte (bekanntlich sehen Arbeiten optisch mehr nach Wissenschaft aus, wenn die unteren Seitenränder mit vielen Fußnoten dekoriert sind, auf denen der Autor dann in alle Richtungen ausschweift. In Anbetracht meines Anspruchs an Seriosität, ist es unvermeidlich, diesem Imperativ an dieser Stelle folge zu leisten): „Einführung eines Leistungspunktesystems - ähnlich dem ECTS - als geeignetes Mittel der Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden.“ Ebenfalls nachzulesen in der Bologna-Erklärung (siehe Anhang).

zur Vor- und Nachbereitung (inkl. der Präsenzstunden) für einzelne Veranstaltungen feststellen sollen. Es geht nun nicht mehr darum zu verstehen und zu verinnerlichen, sondern darum, wie viele Arbeitsstunden man investiert hat. Der österreichische Philosophieprofessor Konrad Paul Liessmann spricht in diesem Kontext von der „Industrialisierung des Wissens“.<sup>13</sup>

Zur Konkretisierung ein weiteres Beispiel:

Eine Veranstaltung „Einführung in Hegels Phänomenologie des Geistes“ wird mit 2,5 ECTS-Einheiten zertifiziert. Die Kultusministerkonferenz hat die Einheiten im Verhältnis 1ECTS = 30 Arbeitsstunden normiert. Das bedeutet, dass der Einführungskurs in Hegels Phänomenologie des Geistes nichts weiter bedeutet, als sich 75 Stunden lang mit dem Werk zu beschäftigen (darin enthalten die Anzahl an SWS für den Kurs; in Kiel in der Regel 2). Mich würde an dieser Stelle interessieren, wie weit die geistigen Urheber dieses Systems dabei mit ihrer Hegel-Lektüre kommen würden.

Verteidiger des Status Quo würden genau jetzt das Argument anführen, in der Veranstaltung würden lediglich zehn Prozent des Stoffes besprochen, sie solle lediglich die eigenständige Lektüre unterstützen. An dieser Stelle kann ich mir ein Grinsen nicht verkneifen, wenn ich anmerke, dass der Gesamtworkload im Semester sich zwischen 25 und 30 ECTS-Einheiten bewegt, was bedeutet, dass Hegel in diesem Fall nicht die einzige schwerverdauliche Kost im Studienalltag ist. Im Übrigen ist es fast schon überflüssig anzumerken, dass diese Philosophie-Veranstaltung auch durch Analysis I (oder einer Veranstaltung eines beliebigen anderen Studienfachs) ersetzt werden kann, ohne dem Argument die Aussagekraft zu nehmen, aber in Anbetracht der Borniertheit der Bologna-Ideologen ist es notwendig solche offensichtlichen Tatsachen dennoch aufzuführen.

Der Gedanke einer 40-Stunden Woche für Studierende ist allein deshalb völlig fehlgeleitet, da Arbeitnehmer außerhalb ihrer Arbeitszeit (abzüglich der Verwaltung des eigenen Haushalts) in der Regel Freizeit haben, während Studierende vielfach noch Lektüre abseits der Kursschwerpunkte betreiben, denn

---

<sup>13</sup> Vgl. Konrad Paul Liessman: Theorie der Unbildung, Wien 2006.

– wie bereits erwähnt – wird in den Veranstaltungen lediglich 10% der Thematik angeschnitten. Das bedeutet, die Studierenden haben diese 10% vor- und nachzubereiten, was in diesen 40 Stunden einbegriffen ist. Aber das Erschließen der restlichen 90% (pro Kurs!) bleibt der Eigeninitiative der Studierenden überlassen, die diesbezüglich individuelle Schwerpunkte setzen. Geht man davon aus, dass die Verwaltung des eigenen Haushaltes eine nicht minder Zeitintensive Tätigkeit wie bei einem Arbeitnehmer ist und das zudem auch noch Freizeit zum Ausgleich benötigt wird – von gesellschaftlichem Engagement wollen wir gar nicht erst anfangen – dann ist diese Organisation des Studiums schädlich für die Qualität des Studiums und konterkariert somit das eigens beschworene Ziel der Qualitätssteigerung, welches sich in jeder Erklärung, in jedem Statement, in jedem Memorandum und in jedem Gesetzesentwurf wieder findet. Des Weiteren gibt es Studierende, die sich neben dem Studium noch den Lebensunterhalt verdienen müssen. Was können diejenigen an Erkenntnissen aus ihrem Studium schöpfen? Und Studierende mit Kind? Oder Studierende mit Lernschwächen (aufgrund geistiger Beeinträchtigung)? Die gesamte Studienstruktur, wie sie aktuell normiert wurde, ist eine einzige Diskriminierung gegen all diejenigen, die nicht der zwischen den Zeilen kommunizierten Norm entsprechen:

**18-20 Jahre alt** (18 bei G8-Turbo-Abi, 19 bei 13 Schuljahren und 20 nach Wehr- oder Zivildienst); **finanziell unabhängig** (entweder Bank of Parents oder BaföG); **flexibel** in dem Sinne, sich nur oberflächlich mit Inhalten auseinander zu sein ohne sie vertiefen zu wollen; **freiwillige Begeisterung**, das Studium um **arbeitsmarktrelevante Kenntnisse** zu erweitern, **bedingungslose Obrigkeitshörigkeit** (keine Protestbereitschaft), und **Konsumbereitschaft** (auch in Bezug auf Studienkredite zur Finanzierung von Studiengebühren).

Die ziehen dann das Studium genau in der vorgegebenen Zeit durch, ein Großteil verschwindet auf den Arbeitsmarkt, und eine Minderheit geht den Weg noch weiter bis zum Master und danach in den Arbeitsmarkt und ein Bruchteil

promoviert. Abweichungen sind in diesem System nicht vorgesehen. Welch fabelhafte Errungenschaft.

Mobilität für Studierende, national wie international, ist unglaublich wichtig, da jede Universität – im Zuge der viel beschworenen Profilbildung – unterschiedliche Schwerpunkte in der Lehre hat bzw. entwickelt. Und zur Flexibilität des Hochschulraumes sollte auch gehören, die Hochschule wechseln zu können, wenn im Laufe des Studiums – gerade durch die Lehre an der Universität – den Studierenden sich andere Erkenntnisschwerpunkte offenbaren. Durch ECTS kann Mobilität allerdings – wie wir in den vergangenen zehn Jahren feststellen konnten – nicht gewährleistet werden. Und die Nebenwirkungen von ECTS standen übrigens auch nicht in der Packungsbeilage...

## Der Wettbewerb der Wettbewerbsfähigkeit

*Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse [...], mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern.*

– BOLOGNA-ERKLÄRUNG

*„Der Wettbewerb im Hochschulbereich wird jedoch erst dann voll zur Entfaltung kommen, wenn er auch die Lehrleistungen und Studienangebote mit einschließt. Das setzt voraus, dass es zu einem Wettbewerb um (die besten) Studienanfänger einerseits sowie um die Arbeitsplätze für die Absolventen andererseits kommt.“*

– DETLEF MÜLLER-BÖLING

Ein weiterer Punkt auf der Bologna-Agenda ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Bei diesem Punkt musste ich lange überlegen, was da eigentlich gemeint ist. Die höchsten Absolventenzahlen? Oder die meisten Hochschulbewerber? Die meisten Patente, Nobelpreisträger, oder vielleicht alles zusammen? Oder ist hier mit Wettbewerbsfähigkeit tatsächlich die Fähigkeit zum Wettbewerb gemeint? Also quasi die Vergleichbarkeit nach innen für den internen Wettbewerb, und Einheitlichkeit nach außen hin für den Wettbewerb des gesamten Hochschulraumes gegen andere Hochschulräume? Zieht man Aussagen der Reform-Akteure zu Rate, so geben sie eher ein un schlüssiges, widersprüchliches Bild ab. Aber in einem Punkt sind sich alle einig: Der Wettbewerb wird die Qualität von Forschung und Lehre verbessern.

Aufschluss gibt da ein Blick auf eine kleine Einrichtung in Gütersloh. Gemeint ist das so genannte *Centrum für Hochschulentwicklung*, das 1994 als Jointventure der Hochschulrektorenkonferenz (im Folgenden HRK) und der Bertelsmann Stiftung gegründet wurde. Kaum war das rote Band zerschnitten, schrieten die dort angeheuerten Experten schon nach Studiengebühren, die nach ihrer gründlichen

Analyse (die sie offenbar während des Zerschneidens des roten Bandes vorgenommen hatten) unumgänglich wären. „Großteils hat sich das ideologische Konstrukt TINA ('there is no alternative') verbunden mit gesellschaftlicher Entsolidarisierung und medial propagiertem Egoismus bereits in den Köpfen der 'Jungen' manifestiert.“<sup>14</sup>

Dazu muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass diese Einrichtung über einen Jahresetat von 1,6 Mio. € verfügt, der im Wesentlichen von der Bertelsmann Stiftung finanziert wird – die wiederum, der Name impliziert es, ihre Kröten von der Bertelsmann AG rübergeschoben bekommt (ca. 75 Mrd. €). Genannter Konzern ist nun nicht gerade für seine Wohltätigkeit und seine Besorgnis um das gesellschaftliche Wohlbefinden bekannt. Die Unterstellung von Interessenvermischung ist an dieser Stelle noch sehr freundlich ausgedrückt. Den hyperintelligenten Schachzug der HRK, mit Bertelsmann zu paktieren, kommentiere ich jetzt mal nicht...

Unter den CHE-Akteuren hat sich besonders ein gewisser Detlef Müller-Böling hervorgetan. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler hat in seinem Buch „Die entfesselte Hochschule“ die Ziele der Reform dargelegt.<sup>15</sup> Darin plädiert er unter anderem dafür, dass Hochschulen betriebswirtschaftlich geführt werden sollen – welch eine Überraschung, dass ausgerechnet ein Wirtschaftswissenschaftler – der mit Betriebswirtschaftslehre seine akademische Laufbahn begonnen hat – auf diese innovative Idee kommt. Müller-Böling spricht in diesem Zusammenhang auch gerne von „Wissenschaftsmanagement“. Er fand den Begriff so toll, dass er

---

<sup>14</sup> Studentische Initiative (siehe Literaturverzeichnis): Proben für den großen Krach. Handbuch zur studentischen Protestorganisation, 2005, S.5; unter: <http://www.streiflicht-online.de/protesthandbuch/>, Zugriff am 23.03.2009; Anmerkung: In dieser Schrift wird auch beschrieben, dass bereits 1993/94 den Studierenden von allen Seiten die Sinnlosigkeit von Protest gegen Studiengebühren prophezeit wurde, sie würden ohnehin kommen. Nun, zehn Jahre lang sind sie irgendwie nicht gekommen. Und das lag nicht daran, dass es noch keine konkreten Vorschläge zu ihrer Nutzung gab, die gibt es heute auch nicht; Vgl. Ebd. S.9.

<sup>15</sup> Als Leseprobe ist der folgende Artikel sehr zu empfehlen: Müller-Böling: Vorsicht, Mythenbildung!, auf: [http://www.zeit.de/2005/07/C-Geb\\_9fhrenmythen](http://www.zeit.de/2005/07/C-Geb_9fhrenmythen), Zugriff am 07.03.2009; Darin geht es zwar ‚nur‘ um die Einführung von Studiengebühren, die Rhetorik steht jedoch symptomatisch für alle Bologna-Ideologen. In einen Begriff gepresst, würde ich sie als die „Rhetorik der Alternativlosigkeit“ bezeichnen. Ansonsten vgl.: Müller-Böling, Detlef (2000): Die entfesselte Hochschule, Gütersloh.

sofort eine gleichnamige Zeitschrift aus dem Boden stampfte, deren Herausgeber er heute ist.

Was bedeutet betriebswirtschaftliche Universitätsführung eigentlich? Nun, das ist eigentlich recht einfach. Ein Betriebswirt interessiert sich vornehmlich für Rendite. Und das ist per definitionem der Ertrag aus der Investition. Auf eine Universität übertragen würde das bedeuten, dass fortan nur noch diejenigen Fächer gefördert werden, die auch Rendite bringen – sprich, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt sind. Da werden einige Fächer über kurz oder lang auf der Strecke bleiben. Welche das sind, müssen wir hier nicht aufführen, ich denke das wissen wir alle.

Dem Punkt wohnt aber noch eine zweite gewaltige Problematik inne: Die Universität verliert durch die Übernahme einer spezifischen Funktionsrationalität aus einem anderen gesellschaftlichen Teilsystem ihre Distanz zur gesamten Gesellschaft und somit ihre Kritikfähigkeit. Bei Wilhelm von Humboldt findet sich die Notwendigkeit einer kritischen Distanz der Universität zur Gesellschaft in der Metonymie der „Einsamkeit und Freiheit des Forschers“ wieder. Jürgen Habermas hat zur Übertragung wirtschaftlicher Logik auf das Hochschulsystem Ende der 60er Jahre im Zuge der damaligen Protestbewegung folgendes gesagt:

„Obwohl die in ihren Teilbereichen weitgehend verwissenschaftlichte Gesellschaft ihre Weise der Produktion und Organisation von der Wissenschaft sich vermitteln lässt, darf die Wissenschaft selbst, die doch das leistet, ihren Betrieb nicht in den gleichen Formen organisieren, wenn anders sie der Gefahr entgehen will, ihre kritische Substanz zu verderben; wo Wissenschaft in ihrem eigenen Apparat strikt die Rationalisierung der gleichzeitigen Institutionen abbildet, die ihre Rationalität von der Ratio der Wissenschaft selber einst bezogen und immer noch beziehen, verfällt sie der Sterilität.“<sup>16</sup>

Die gegenwärtige Finanzkrise steht exemplarisch für die Unfähigkeit der Universität als gesellschaftliche Institution, korrigierend auf Fehlentwicklungen in

---

<sup>16</sup> Habermas, Jürgen: Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a. M. 1969, S. 60.

der Praxis zumindest aufmerksam zu machen (um die Positivisten nicht vor den Kopf zu stoßen). Sie sollte aber auch eine andere Frage aufwerfen: Wenn die Universität ganz den Marktgesetzen gehorcht, was passiert mit ihr während einer solchen Krise? Die wird sich auf die eine oder andere Weise auf ihren Betrieb auswirken. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation eine äußerst beunruhigende Vorstellung. Das Abbild des Konzerns spiegelt sich in den neu geschaffenen Hochschulräten wider, die als Pendant zu den Aufsichtsräten, besetzt mit Externen Leuten (Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft) in die Hochschulen hineinregieren sollen.<sup>17</sup>

Wir befinden uns seit mindestens zwei Jahrzehnten in einem Prozess tief greifender struktureller Veränderungen – ökologisch, wirtschaftlich wie sozialpolitisch – und anstatt diesen Prozess zu analysieren und kritisch zu hinterfragen, geben wir uns alle den teleologischen Weisheiten („die Globalisierung wird den Entwicklungsländern Wohlstand bringen – irgendwann“) von gesellschaftlichen (eigentlich: wirtschaftlichen) Akteuren (allesamt mit spezifischen Partikularinteressen) hin und lassen uns von ihnen die Welt erklären – wohlgemerkt, aus IHRER Perspektive, die wir so stillschweigend zu der unsrigen machen, ohne zu überlegen, ob die Beurteilung der Situation in einigen Punkten nicht vielleicht durch Partikularinteressen determiniert ist. So werden sämtliche Veränderungen als alternativlos mit dem Label „Globalisierung“ belegt, wogegen man ja nichts unternehmen könne, da das Rad der Geschichte sich bekanntlich nicht zurückdrehen lässt. Dazu stelle ich fest: Die Wirtschaftsweisen sprechen genauso wenig für mich wie Attac. Dort, wo es mir aufgrund meiner fachlichen Kompetenz möglich ist, mache ich mir ein eigenes Bild. Dort, wo dies nicht möglich ist, bin ich auf die Analyse und Interpretation von anderen angewiesen. Ich weise aber entschieden jeden Standpunkt zurück, der seine

---

<sup>17</sup> In Frankfurt führte das zur grotesken Tatsache, dass der Bankmanager Rolf E. Breuer, der 1997-2002 Vorstandsvorsitzender und danach Aufsichtsratsvorsitzender bei der Deutschen Bank war, Mitglied des Hochschulrates wurde und in einer Anhörung zum Thema Studiengebühren zu deren Sinnhaftigkeit Stellung beziehen sollte. Kleines Problem: Das Unternehmen, welchem er Vorsaß, verhökert Studienkredite. Breuer ist im Zuge eines Rechtsstreits mit Leo Kirch freiwillig von seinem Aufsichtsratsposten zurückgetreten, im Hochschulrat ist er 2008 zum Vorsitzenden gewählt worden.

Attraktivität und seine Plausibilität durch die Ausblendung von Alternativen gewinnt. Das folgende Zitat bringt deutlich zum Ausdruck, wie selbstständiges Denken freier Menschen funktioniert:

„Wenn ich mich vor der Autorität von Spezialisten beuge und bereit bin, ihren Angaben und selbst ihrer Leitung in gewissem Grade und, solange es mir notwendig erscheint, zu folgen, tue ich das, weil diese Autorität mir von niemand [sic!] aufgezwungen ist, nicht von den Menschen und nicht von Gott. Sonst würde ich sie mit Abscheu zurückweisen und ihre Ratschläge, ihre Leitung und ihre Wissenschaft zum Teufel jagen, in der Gewissheit, dass [sic!] sie mich die Brocken menschlicher Wahrheit, die sie mir geben könnten, in viele Lügen eingehüllt, durch den Verlust meiner Freiheit und Würde bezahlen ließen.“<sup>18</sup>

Humboldt sagte einst, dass eben die Distanz der Universität zur Gesellschaft, die Freiheit von äußeren Zwängen, dazu beitragen würde, dass sie die Anforderungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft viel effizienter erfüllen kann.

„Humboldt glaubte, daß [sic!] er durch die Universität Preußen an kultureller Macht und geistiger Größe zurückerobern kann, was es an politischem Einfluß [sic!] eingebüßt hat. [...] Staat und Universität müssen gleichermaßen an der Pflege zweckfreier Bildung und Wissenschaft interessiert sein und diese Freiheit gegen die partikularen Ausbildungsinteressen der Gesellschaft verteidigen, um dieser Gesellschaft wirklich dienen zu können.“<sup>19</sup>

Kehren wir nun zurück zur ursprünglichen Problematik mit dem Centrum für Hochschulentwicklung als Produzent allgemeiner Weisheiten in Bezug auf die Reform der Universitäten, namentlich dem Konzept Universität als Unternehmen.

---

<sup>18</sup> Bakunin, Michail A.: Gott und der Staat.

<sup>19</sup> Knoll, Joachim H./Siebert, Horst: Wilhelm von Humboldt. Politik und Bildung, Darmstadt 1969, S. 42.

Gerechtfertigt wird die Reform mit dem Postulat, die Informationsgesellschaft hätte sich nun in eine Wissensgesellschaft transformiert, welche neue Anforderungen an die Hochschulen stellt. Beides sind soziologische Begriffe, auf die es keine einheitliche Definition gibt. Die Frage, wie definiert man diese Begriffe ist für die Reformdebatte von größter Bedeutung. Ergo: Wer hat hier die Definitionsmacht? Das CHE, wenn niemand ihre Stellungnahmen anfechtet. Ihre Definition ist eine wirtschaftliche. Sie ist angelehnt an die Definition der wissensbasierten Wirtschaft (knowledge-based economies) der OECD:

„[E]conomies which are directly based on the production, distribution and use of knowledge and information. This is reflected in the trend in OECD economies towards growth in high-technology investments, high-technology industries, more highly skilled labour and associated productivity gains.“<sup>20</sup>

Das Problem hierbei ist, dass die Wirtschaftswissenschaften offensichtlich wichtige gesellschaftliche Aspekte ausblenden und von einem Strukturwandel der Produktion auf die gesamte Gesellschaft schließen. Eine soziologische Position soll hier den Blickwinkel erweitern:

„Wissensgesellschaften sind nicht einfach Gesellschaften mit mehr Experten, mehr technologischen Infra- und Informationsstrukturen oder mehr Spezialistengeschichten im Vergleich zu Teilnehmerinterpretationen. Sie bedeuten, daß [sic!] Wissenskulturen ihre Fäden in sozialen Prozessen einschießen, den gesamten Komplex der Erfahrungen und Beziehungen, die sich mit der Artikulation von Wissen entfalten und etablieren. Diese Ausschüttung von Wissensrelationen in die Gesellschaft ist es, die als adressierendes Problem in soziologischen (statt ökonomischen) Bearbeitungen des Wissensgesellschafts-Konzepts wahrgenommen werden muß.“<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> OECD (1996): The knowledge-based Economy. Arbeitspapier Nr. OECD/GD(96)102. Paris, S.7.

<sup>21</sup> Knorr-Cetina, Karin (1998): Sozialität mit Objekten. Soziale Beziehungen in post-traditionalen Wissensgesellschaften. S 83-120, in: Werner Rammert (Hg.): Technik und Sozialtheorie, Frankfurt a. M./New York, S.93.

Eine Auseinandersetzung mit dem Begriff Wissensgesellschaft ist für die Formulierung von Kritik sehr zentral und sollte deshalb im Mittelpunkt studentischer Aufklärung stehen. Für meine Darstellung reicht die Problematisierung des Umgangs mit diesem Begriff seitens der Reformer.

Die Frage ist, wieso gibt es keine nennenswerte öffentliche Opposition gegen ihre Ideen? Tatsache ist, dass das Centrum für Hochschulentwicklung ein geschicktes Händchen für Propaganda hat, das kann man nicht anders sagen. Sie verstehen es, ihre Vorhaben in einer Weise auszudrücken, die die eigentliche Botschaft unter dem Deckmantel der Modernisierung verschleiert und somit Zustimmung erzeugt, zumindest aber Ablehnung verhindert bzw. beschwichtigt. Fakt ist, dass es seit Mitte der Achtziger Jahre erhebliche Probleme im Hochschulsystem gibt. Vor allem ist da zu nennen: Das Kapazitätsproblem!

*Kurzer Exkurs:*

In den Nachkriegsjahren lag die Zahl der Studierenden etwa bei 110 000 (WiSe 1950/51) und stieg relativ langsam an (127 000 WiSe 1955/56).<sup>22</sup> Im Jahre 1960 waren die Studierendenzahlen deutlich gestiegen.<sup>23</sup> Als Reaktion auf die erste Welle der Bildungsexpansion kam es zwischen 1969 und 1979 zu 29 Hochschulgründungen.<sup>24</sup> Leider wurde der Ausbau der Hochschulen aufgrund einer fragwürdigen Fehlprognose, nach der die Studierendenzahlen Anfang der Neunziger Jahre zurückgehen sollten, Ende der Siebziger Jahre unterbrochen.<sup>25</sup> Im Jahre 2004 studierten über zwei Millionen Studierende an deutschen Hochschulen, die Kapazitäten wurden seit Ende der Siebziger Jahre nicht nennenswert ausgebaut.<sup>26</sup>

Das CHE war seit seiner Gründung stets darum bemüht, seine „Lösung“ als die einzig mögliche zu verkaufen, und sprach seit jeher unentwegt von Modernisierung, womit es diesen Begriff einschlägig mit SEINEN Plänen besetzte. Eine andere Modernisierung, so sollte uns suggeriert werden, gäbe es nicht.

Teil der Kampagne ist das so genannte Hochschulranking, das seit 1998 verstärkt medial kommuniziert wird. Es ist eben auch nicht schwierig, Schnapsideen durch die Massenmedien zu trällern, wenn man Bertelsmann hinter sich stehen hat. Ihre Forderungen nach Wettbewerbsfähigkeit gründen sich im Wesentlichen auf ihre Rankings. Ihrem (bestimmt nicht interessegeleiteten) Urteil

---

<sup>22</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem, Köln 2005, S. 15.

<sup>23</sup> Der Wissenschaftsrat spricht von 220 000, Vgl. Ebd., Eckardt spricht sogar von 291 000, Vgl. Eckardt, Phillip: Der Bologna-Prozess. Entstehung, Strukturen und Ziele der europäischen Hochschulreformpolitik, Bonn 2005, S. 36.

<sup>24</sup> Wissenschaftsrat 2005, S. 16.

<sup>25</sup> Ebd., S. 17.

<sup>26</sup> Eckardt 2005, S. 36.

nach, ist es unternehmerischen Hochschulen besser möglich, den Kriterien des Rankings gerecht zu werden, und sich besser zu positionieren, um internationale Anerkennung zu bekommen. Die Frage nach dem Sinn der Rankings wird überhaupt nicht gestellt. Methodische Mängel, zu kleine Stichproben, schwachsinnige Kriterien, die mit effizienter Hochschulleitung überhaupt nichts zu tun haben – warum wird das bei der ganzen Diskussion um die Hochschulreform eigentlich nie erwähnt (auch nicht von Studierenden<sup>27</sup>)? Im Übrigen werden die Rankings in der als unabhängig und seriös geltenden Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlicht.

Der einzige Wettbewerb, der an Hochschulen sinnvoll ist und über die Jahrhunderte gepflegt und kultiviert wurde, ist der Wettstreit der Ideen, und der folgt nicht marktwirtschaftlichen Prinzipien. Er findet nicht gegen- sondern miteinander statt und befruchtet die Forschung aller Beteiligten – man nehme nur als Beispiel die Auseinandersetzung zwischen Jürgen Habermas und Niklas Luhmann über die Systemtheorie.<sup>28</sup>

Wenn es einen Wettbewerb um die besten Studienanfänger gäbe, würde das bedeuten, Schüler müssten (vor allem aufgrund der Profilerbestufe) bereits nach der mittleren Reife wissen, ob und was sie studieren wollen, damit sie sich in der Folge die Voraussetzungen für den Hochschulzugang gezielt erarbeiten können. Zur Schulbildung gehört meiner Meinung auch, dass man darauf vorbereitet wird, Entscheidungen für die eigene Zukunft zu treffen. Allerdings sind Schule und Universität auch soziale Räume, die die Entfaltung des Menschen gerade deswegen ermöglichen, weil sie die Möglichkeit einräumen, Fehler zu machen, ohne dass es untragbare Konsequenzen gibt. Mit dieser neuen Wettbewerbs-Ideologie verschwindet diese Möglichkeit. Man ist genötigt, seine gesamte Zukunft mit 15 vorzuplanen. Wer das nicht kann, geht im Wettbewerb unter.

---

<sup>27</sup> Eigentlich ist dieser Vorwurf nur bedingt richtig. Studierende in Berlin haben bereits 2007 zum Boykott der Rankings aufgerufen. Ferner ist von Bedeutung, dass sowohl die Schweiz als auch Österreich nicht mehr an den Rankings teilnehmen. Vgl.: Stegmann, Thorsten: Ranking der Universitäten zunehmend unter Kritik, auf: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26469/1.html>.

<sup>28</sup> Diese Auseinandersetzung führte sogar zu einer gemeinsamen Veröffentlichung: Habermas/Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt am Main 1974.

Das ist der pure Sozialdarwinismus und gilt eigentlich seit Ende des 19. Jahrhunderts als widerlegt. Es ist schon erstaunlich, was im Zuge der „Modernisierung“ alles an überalteten Konzepten wieder an Aktualität gewinnt.

### **Employability – Der Siegeszug der Idioten**

*„Die Produktionsbedingungen der Wissenschaft, die die Grundlage von Innovation, Kreativität, aber auch Kritik und Widerständigkeit bilden, müssen respektiert werden, nur dann bekommt man gute und funktionale Hochschulen. Wenn sie nicht gut sind und auch nicht für den Markt funktionieren, brauchen wir sie nicht.“*

– MICHAEL DAXNER

*„Wer nicht bereit ist, in Teams und Netzen zu agieren und sich flexibel an alles anzupassen, was an Herausforderungen so herangetragen wird – übrigens nie von Menschen, sondern immer vom Markt, der Globalisierung oder gleich von der Zukunft –, der hat keine Chance mehr, den Ansprüchen der Wissensgesellschaft zu genügen.“*

– KONRAD PAUL LIESSMANN

*„Die Unternehmen haben auf diese Reform gedrängt, jetzt sind sie auch gefordert.“*

– JULIAN NIDA-RÜMELIN

Eine der größeren Lachnummern in der Hamlet-Aufführung der Bologna-Ideologen ist der Witz mit der Beschäftigungsfähigkeit, oder besser: der *Employability*. Mit diesem Ausdruck wird suggeriert, dass man seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch das Absolvieren bestimmter Kurse erhöhen kann. Das mag zum Teil sogar zutreffen, aber welche Qualifikationen relevant sind, entscheidet der Arbeitgeber und nicht das Centrum für Hochschulentwicklung.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Qualifikation ist allerdings in der postindustriellen Gesellschaft keine Arbeitsplatzgarantie mehr. Was hier passiert ist, die Verantwortung der Beschäftigung auf die Seite der

Ich möchte an dieser Stelle ein äußerst plakatives Beispiel aufführen, um sicherzustellen, dass auch ein Bologna-Ideologe das Problem erkennt:

Max Mustermann oder Petra Pfiffig (Gendermainstreaming) sitzt bei einem Vorstellungsgespräch beim Arbeitgeber X. Der Personalbeauftragte sagt „es tut uns leid, aber wir glauben, Sie bringen nicht die nötigen Qualifikationen mit“. Dann sagt Max/Petra: „Sie müssen mich einstellen, ich habe 20 ECTS-Punkte in Schlüsselqualifikationen, es ist schier unmöglich, dass ich die nötigen Qualifikationen nicht habe.“ Dann sagt der Personalbeauftragte: „Welcher Penner hat sich *die* Scheiße jetzt schon wieder ausgedacht? Und vor allem: Warum *glauben* Sie diesen Mist? Sind Sie Wissenschaftler oder Idioten?“

Natürlich würde der Arbeitgeber nicht so fluchen wie Inspektor Todd in Beverly Hills Cop, aber ich denke die Quintessenz dürfte sich nicht signifikant unterscheiden. Das Ergebnis lautet: Nicht eingestellt.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel haben wir für die Förderung unserer *Employability* den Profilierungsbereich Fachergänzung. Dort gibt es nette Kurse wie „Betriebswirtschaft für Geisteswissenschaftler“ und „Interkulturelle Kompetenz: China“. Worauf will ich hinaus? Es ist doch offensichtlich, dass der stärkere Arbeitsmarktbezug, den uns Bologna versprochen hat, lediglich die ohnehin schon starke Kooperation einiger Fächer mit der Arbeitswelt – Wirtschaftswissenschaften und Technisch-Naturwissenschaftliche Fächer – weiter forciert hat, die üblichen verdächtigen Fächer wie Philosophie, Literaturwissenschaft etc. bleiben immer noch auf der Strecke. Wieso sollte ein Literaturwissenschaftler BWL-Kenntnisse haben – vor allem vermittelt in einem einzigen Seminar oder vielleicht zwei, womöglich auch noch Blockseminare – wenn es Menschen gibt, die das Fach drei Jahre und länger studiert haben? Oder

---

(potenziellen) Arbeitnehmer zu schieben, bei gleichzeitiger Ausblendung der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.

Siehe insb. <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/159/312076/text/>. Ausführlicher weiter unten „Lebenslang zertifiziertes Lernen – oder: Die Logik der Transaktion“.

anders gefragt: Wozu braucht man überhaupt noch den Studiengang Betriebswirtschaftslehre, wenn man nennenswerte, arbeitsmarktrelevante Kompetenzen schon in zwei Blockseminaren erwerben kann?

Es liegt doch auf der Hand, dass diese Kurse sich lediglich an die Fächer richten, die ohnehin gute Verbindungen in die Arbeitswelt haben. Diese Verbindungen sollen optimiert werden – dagegen ist auch nichts einzuwenden. Aber die Fächer, die bislang keine guten Verbindungen in die Arbeitswelt hatten, werden keine Verbesserungen erfahren. Hier wird – völlig unreflektiert – die Funktionslogik bestimmter Studiengänge auf alle anderen übertragen. Einen besonderen Sinn kann ich da nicht erkennen – zumal ich selbst einen solchen Kurs absolviert habe, ohne den Eindruck zu gewinnen, ich wäre jetzt Kompetenter und hätte bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Indogermanische Sprachwissenschaften werden eben nicht BWL, bloß, weil man nun ein paar Crashkurse in Managementtheorien absolviert hat.

Was ist das überhaupt für ein Signal? Sind Geisteswissenschaften fortan keine eigenständige Studienrichtung mehr? Muss jetzt überall auch wirtschaftliches Wissen erworben werden, damit man noch einen akademischen Abschluss überreicht bekommt? Studierende der Freien Universität Berlin haben schon früh erkannt, was die negativen Konsequenzen sind und haben die Problematik wie folgt auf den Punkt gebracht:

„Arbeitskraftunternehmer sind eben jene Unternehmer, die nichts als ihre eigene Arbeitskraft feilzubieten haben. Vom klassischen Proleten des 19. Jahrhunderts unterscheiden sie sich darin, daß sie für die Transformation ihrer Arbeitskraft selbst verantwortlich sind. Die Verwandlung ihrer Arbeit in marktfähige Waren fällt in die eigene Zuständigkeit, daher erscheinen ihnen die ArbeitskollegInnen eben nicht als solche, sondern als Konkurrenz auf dem Markt. Auch das Studierverhalten beugt sich mehr und mehr diesem Muster, angesichts von Akademikerarbeitslosigkeit und medial überhöhter Zukunftsangst verlangt der Arbeitsmarkt nicht mehr einen einfachen Abschluß [sic!], sondern ein individuelles Qualifikationsprofil, eine maßgeschneiderte Biographie, eben die Fähigkeit zur Transformation der eigenen Arbeitskraft in intellektuelle Fertigprodukte. Das Studium verliert so

endgültig seinen Charakter als Freiraum für die Verfolgung eigener Interessen, sondern dient völlig der späteren Verwertung am Arbeitsmarkt.“<sup>30</sup>

Aber genug gemeckert, hier ein paar konstruktive Ideen. Es ist ja grundsätzlich nicht verkehrt, Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich während des Studiums in dem einen oder anderen Bereich praxisnah zu bilden. Es sollte ein Angebot geschaffen werden, aber optional. Dieses Angebot muss in Kooperation mit NGOs (non-profit-Organisationen, supra- bzw. internationalen Organisationen und natürlich auch Konzernen) aber auch staatlichen Arbeitgebern – kurz: allen relevanten Arbeitgebern unserer Gesellschaft – organisiert werden. Aber dafür kann die Hochschule alleine nicht sorgen. An der CAU gibt es nicht einmal flächendeckende Kooperationen bezüglich des Pflichtpraktikums im Rahmen der Bachelor-Studiengänge. Hier müssen sich die Akteure aus der Arbeitswelt einen Schritt bewegen, die Hochschule hat bereits einen zuviel gemacht. Denn wenn es wirklich um „gesellschaftliche und menschliche Entwicklung“ geht, dann sind auch alle gesellschaftlichen Akteure und Menschen in die Pflicht zu nehmen und nicht nur die Einrichtungen, die am leichtesten zu manipulieren sind.

Das ist die eine Seite. Die andere, und die ist meiner Ansicht nach nicht weniger wichtig, ist die Bildungstheorie. Es müssen zum Ausgleich der Arbeitsmarktorientierung – ebenfalls optional – Kurse zu Bildungskonzeptionen, Bildungsphilosophie, Bildungskultur und Bildungsgeschichte angeboten werden, damit die Fragen „Wieso Studieren?“ oder „Was bedeutet ein Studium?“ oder „Was ist eine Universität?“ wieder in die Universität zurückkehren und das Selbstbild sowohl der Institution als auch der darin Engagierten – Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter, Professoren – durch Anleitung der Gedanken unserer Vordenker einer kritischen Reflektion unterzogen wird. Das wird vielleicht sogar dazu führen, dass vor allem wir Studierenden einen anderen Arbeitsethos entwickeln. Wir sehen ja, was passiert, wenn man vergisst, was eine Universität sein sollte und was Bildung eigentlich bedeutet. Ein Stück weit kann

---

<sup>30</sup> Studierende der FU Berlin (2001): Hochschule und Gesellschaft, Berlin, S.3ff.

man diese Maßnahmen auch als Prävention von Reformdebatten der Zukunft verstehen, denn die jüngere Geschichte hat gezeigt, dass die Idioten alle 40 Jahre aus ihren Höhlen kriechen, um einmal mehr die Ökonomisierung von allem und jedem fordern.

Was die Employability angeht, so sieht das meiner Meinung nach wie ein weiterer Etikettenschwindel aus. Zum einen haben die alten Studiengänge uns keine Massenarbeitslosigkeit unter Akademikern beschert. Es gibt nicht eine einzige Statistik die Vermittlungsschwierigkeiten beim Transfer von Hochschule in den Arbeitsmarkt in einer relevanten generalisierbaren Größe beweist.<sup>31</sup>

Die andere Seite des Schwindels ist wesentlich dreister: Es gibt nämlich noch kein einziges Inserat in den akademischen Stellenanzeigen, was sich an Bachelor-Absolventen richtet.<sup>32</sup> Und der Einwand, wir hätten noch keine Abschluss-Kohorten, ist kompletter Unsinn. Die ersten neuen Studiengänge wurden bereits 2003 eingeführt. Und wenn es noch keine Absolventen seither gäbe (was Humbug ist), so wäre das ein weiterer Beweis für das Scheitern der Reformen! Wenn diese Abschlüsse so bahnbrechende Erfolge gebracht hätten, wie die Bologna-Ideologen uns weismachen wollen, würden sie uns jetzt mit Studien über ihren Erfolg überschwemmen. Die Tatsache, dass wir trotz der ständigen Evaluierungen nichts dergleichen zu hören bekommen, legt die Vermutung nahe, dass der ganze Scheiß ein Griff ins Klo war. Aber keine Sorge, die Propaganda-Abteilungen der entsprechenden Akteure arbeiten auf Höchsttouren, um uns in spätestens ein paar Monaten zu erklären, dass das alles Teil des Plans wäre und wir uns auf dem richtigen Weg befänden...

---

<sup>31</sup> Vgl. hierzu: Preuss, Karl-Heinz/Simen, Rolf H.: Bundesrepublik Deutschland. Ein Land der Spitzenforschung. Bonn 1987; eine Lobeshymne auf die Forschungsleistungen deutscher Wissenschaftler, die ein anderes Bild der Wissenschaftslandschaft zeichnet als das CHE mit ihrem ständigen Ruf nach Professionalisierung und Modernisierung und Effizienzsteigerung und was nicht noch alles.

<sup>32</sup> Die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) fordert in diesem Zusammenhang völlig zu recht die uneingeschränkte Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor zum Master. Mindestens bis zum Zeitpunkt, wo der Markt auf die neuen Abschlüsse reagiert. Von da an kann man tatsächlich sagen „der Markt reguliert“, wenn er Anreize schafft, damit einige Studierende freiwillig (!) anstelle des Masterstudiums in den Beruf wechseln.

## **Lebenslang zertifiziertes Lernen**

*oder*

### **Die Logik der Transaktion**

*„Freilich erfreute sich der Dokortitel in Anknüpfung an die ungebrochene Tradition des absolutistischen Beamtenstaates auch vor seiner inflationären Verbreitung eines großen Prestiges; nur konnte sich dieses Prestige häufiger als jetzt auf wirkliche Leistungen berufen.“*

– JÜRGEN HABERMAS

*„Wenn Ihnen einer auf die Füße kotzt, wischen Sie dann auch nur ‚das meiste‘ weg?“*

– DR. HOUSE

Hurra, dank Bologna ist die Einsicht, dass Bildung ein lebensbegleitender, nie endender Prozess ist, zu uns bornierten Studierenden durchgedrungen. Wir dachten ja immer, mit dem Abschluss hätte sich das mit der Bildung erledigt. Dann könnten wir uns in unsere Hängematten hauen und nur noch Cocktails trinken und Geldscheine zählen. Mit dem Abschluss kriegen wir ja auch alle ein Preisgeld von 250 000€, damit kann man ja so lange über die Runden kommen, bis man von einer Stretch-Limo zu Hause abgeholt, und zum perfekten Arbeitsplatz gefahren wird, wo das Büro mit dem netten kleinen Chromschild mit unseren Namen drauf an der Tür, fertig eingerichtet für uns bereit steht. Gott sei Dank!

Lebenslanges Lernen ist mit Abstand die lächerlichste Farce dieses gesamten als Modernisierung getarnten Deformierungsprozesses. Traurig ist dabei allerdings, dass dieser Punkt, der mit dem Studium auf dem ersten Blick nicht allzu viel zu tun zu haben scheint und deswegen von Studierenden nicht viel Beachtung erhält, die größten Konsequenzen auf unser späteres Leben haben wird, wie noch zu zeigen ist. Die Überschrift spricht eine deutliche Sprache.

Natürlich ist „lebenslanges Lernen“ keine neue Erfindung. Die Neuheit ist die Wucherung der Zertifikate. Überspitzt könnte man sagen, dass Wissen dieser Logik zufolge nur existiert, wenn es zertifiziert ist. Ich kann detaillierte Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge, Betriebsführung etc. haben, wenn ich sie nicht über ein Zertifikat nachweisen kann, gilt es nicht als Kompetenz. Das ist hirnrissig. Umgekehrt könnte man schlussfolgern, dass der Mensch ohne Anreiz, ohne Zertifikat, gar nicht dazu bereit ist, zu lernen, weshalb der Lernprozess mit dem Hochschulabschluss enden würde! Ich weiß nicht, welche Variante hirnrissiger ist. Aber die eigentliche Dramatik offenbart sich erst, wenn man den Gesamtkontext in Betracht zieht, in welchem „lebenslang zertifiziertes Lernen“ eingeführt wird. Es wird von einem vermeintlichen Wandel in der Weltwirtschaft, genannt Globalisierung, auf eine strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes geschlossen, der für uns alle von vitaler Bedeutung ist. Heutzutage ist es schon ein Status, überhaupt einen Job zu haben. Die mediale Inszenierung von Massenentlassungen schafft ein Klima der Unsicherheit, der Angst um den Arbeitsplatz, der Angst um die Zukunft, kurz: der Angst um die eigene Existenz. Dieses Klima ist die Basis der Prekarisierung sämtlicher Arbeitsverhältnisse. Evelyne Perrin von Stop-Précarité sagt hierzu:

„In dieser neuen kapitalistischen Organisation wird das Prekariat strukturell und für die Arbeitgeber handelt es sich darum, dem Prekariat das Risiko der Beschäftigung aufzulasten, alles zu veräußerlichen, was sozialer Schutz und gemeinsame Garantie vor dem Verlust des Arbeitsplatzes war.“<sup>33</sup>

Ein prekäres Arbeitsverhältnis heißt nicht notwendigerweise ein schlecht bezahltes und es bezieht sich auch nicht ausschließlich, wie allgemein angenommen wird, auf ungelernte Arbeitnehmer. Prekär ist es dann, wenn der Arbeitsplatz nicht sicher ist. Die generelle Verunsicherung, die bereits erwähnt

---

<sup>33</sup> Es ist schon fast peinlich, hier Wikipedia als Referenz aufzuführen, aber da mein französisch ziemlich eingerostet ist, war es mir nicht möglich, die Originalquelle zu finden und das Zitat zu überprüfen. Was soll ich sagen, nobody's perfect. Entschuldigt. Aber vielleicht könnt Ihr das ja übernehmen... <http://de.wikipedia.org/wiki/Prekariat>

wurde, ist Wind in den Segeln der Arbeitgeber, die ihren Arbeitnehmern immer mehr abverlangen können. Und genau hier kommt das lebenslang zertifizierte Lernen ins Spiel. Wir werden im Laufe unseres Arbeitslebens von Zeit zu Zeit Kurse (wahrscheinlich private, kostenpflichtige Kurse) absolvieren müssen, um weitere ECTS-Einheiten zu erwerben, die auf unser Konto kommen, um in den Scorer-Rankings weiter aufzusteigen. Künftig wahrscheinlich eine Notwendigkeit, um den Arbeitsplatz nicht zu verlieren, wird man uns erzählen. Vielleicht werden Stellen in Zukunft auch nicht mehr mit Abschlüssen als Voraussetzung ausgeschrieben, sondern mit einer bestimmten Anzahl von ECTS-Einheiten. Darüber hinaus gibt es doch bereits ein System mit Fortbildungen aller Art, wo ist dann eigentlich die zentrale Innovation beim Lebenslangen Lernen? Man könnte fast meinen, dass die Architekten dieser Reform uns einen bereits existierenden Zustand neu verkaufen wollen – in pervertierter Form, versteht sich. Aber jeder Mensch, der bei klarem Verstand ist, müsste das doch sofort merken. Und es ist hier kein unwesentlicher Randaspekt der Reform, sondern genauso zentral wie das Thema Studiengebühren, die im Übrigen nur ein weiterer Aspekt der Prekarisierung des Studiums darstellen. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das Zitat von Dr. House schließlich an Bedeutung. Wenn wir den Schwachsinn der Reform entlarven wollen, dann müssen wir auch alle Aspekte aufzeigen und problematisieren.

Eine andere Dimension, die ich für entscheidend halte, ist folgende:

Im Vorwort wurde in sarkastischem Ton angemerkt, das Studium sei zu einer Transaktion (gemeint ist hier der Austausch von Gegenständen) verkommen. Die Transaktion ist in dem Moment erfolgt, in dem die Gegenstände ausgetauscht wurden. Woher sie kamen, und unter welchen Bedingungen sie produziert wurden, ist beim geistlosen Austausch von Gegenständen nicht von Interesse, es handelt sich so oder so um eine Transaktion. Die Übertragung dieser Logik auf das Studium ist eine Kritik sowohl an die Studierenden als auch an die Lehrenden. Und davon kann ich mich selbst nicht einmal ausnehmen, denn der schier

unmögliche Arbeitsaufwand<sup>34</sup> macht es schlichtweg unmöglich, zu jedem Thema ein Erkenntnisinteresse zu entwickeln, von dem man sich im Arbeitsprozess leiten lässt. Was wird also gemacht? Es wird versucht das Zertifikat zu erhalten, und nicht etwas zu lernen, was die eigentliche Aufgabe eines Studierenden an der Universität sein sollte. Im engen Korsett des BA-Studienplans ist es gänzlich irrelevant, wie viel man gelernt hat. Wichtig sind nur die Zertifikate, in diesem Falle die ECTS-Einheiten. Warum ist das so? Das ist ganz einfach: Ein Studierender – machen wir uns nichts vor, es war in den alten Studiengängen auch der Fall – hat stets den Konflikt *Leistungsdruck vs. Erkenntnisgewinn* auszubalancieren. Der Leistungsdruck drängt dazu, eine Arbeit schnell zu beenden, selbst wenn der Erkenntnisprozess noch nicht beendet ist. Die Sanktion im Falle der Fristverletzung ist die Vorenthaltung des Zertifikats – in den alten Studiengängen der Leistungsschein, in den neuen Studiengängen die ECTS-Einheiten. Die Konsequenzen, die daraus entstehen, sind in den neuen Studiengängen gravierender als in den alten. An der rechtzeitigen Beendigung des Bachelor-Studiums hängen BaföG, Chancen auf den Master-Platz, dem Arbeitsmarkt (sofern überhaupt eines Tages Verwendung für Bachelor-Absolventen bestehen wird) und wenn man sich zu viel Zeit lässt bzw. eine Prüfung öfter als zweimal vergeigt, dann ist das gesamte Studium gelaufen. Darüber hinaus muss man an den meisten Universitäten aufgrund der Modularisierung der Studiengänge meist zwei Semester warten, bis man eine Veranstaltung (egal ob Seminar oder Vorlesung) wiederholen kann. Das mag im ersten Semester keine Tragödie sein, aber je weiter das Studium vorangeschritten ist, umso gravierender sind die Konsequenzen (mein Studium hat sich so gerade um ein Semester verlängert; ich habe wegen eines Auslandspraktikums eine Klausur inkl. Nachholtermin verpasst).

---

<sup>34</sup> In dieser Vorlesungsfreien Zeit (Februar-April 2009) hatte ich bis einschließlich 28.02. täglich von 9-17Uhr Blockseminar, vier Hausarbeiten (eine bis 15.03.; drei bis 31.03.) und zwei Klausuren zu schreiben, der Monat zuvor war vollgestopft mit drei Referaten, einer Klausur und einer Hausarbeit, die ich vorher verfassen musste (für das Blockseminar). Darüber hinaus glaube ich nicht, dass ich mit dem Workload meines letzten Semesters auch nur in die Nähe der Spitzenreiter komme.

Der Sanktionsmechanismus ist wesentlich tief greifender in den neuen Studiengängen, was eine Ausbalancierung zwischen dem genannten Konflikt erheblich erschwert, ich würde sogar so weit gehen und sagen, ihn verunmöglicht.

„Nicht um Bildung geht es, sondern um Wissen, das wie ein Rohstoff produziert, gehandelt, gekauft, gemanaged und entsorgt werden soll, es geht [...] um ein flüchtiges Stückwerkwissen, das gerade reicht, um die Menschen für den Arbeitsprozess flexibel und für die Unterhaltungsindustrie disponibel zu halten.“<sup>35</sup>

Stellt sich irgendwem gerade die Frage, was daran schlimm sein soll? Man könne ja nach dem Studium all jenen Fragen nachgehen, die man im Rahmen des Studiums nicht beantworten könnte. Herzlich Willkommen beim Lebenslang zertifizierten Lernen...

---

<sup>35</sup> Liessmann, Konrad Paul: Theorie der Unbildung, Wien 2006, S. 53; eine wirklich empfehlenswerte Auseinandersetzung mit dem Reformprozess und eine echte Inspirationsquelle.

# Was ist passiert? Zu den Wurzeln des Bologna-Prozess

**E**s wird viel diskutiert über den Sinn und die Konsequenzen der Reform. Aber die wenigsten sind radikal genug, um sich mit den Wurzeln des Bologna-Prozesses auseinander zu setzen. Ich habe etwas recherchiert und biete im Folgenden eine stark vereinfachte Abfolge von Ereignissen, die nach Ansicht einiger Autoren durchaus mit Bologna zu tun haben. Eine Theorie geht davon aus, dass Bologna eine Folge des wirtschaftlichen Integrationsprozesses in Europa ist. Sämtliche im Laufe der Integrationsgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschlossenen Verträge zwischen europäischen Staaten hatten auch Auswirkungen auf die Bildungspolitik der Einzelstaaten. Die Kompetenz-Überlagerungen wurden vom Europäischen Gerichtshof verhandelt, die Urteile waren alle europafreundlich und gegen die Autonomie der einzelnen Bildungssysteme. Allerdings soll dies nicht suggerieren, es wäre konsequent zu unseren Nachteilen entschieden worden. Oft genug war eine Entscheidung zu Gunsten Europas auch eine zu unseren Gunsten. So wurden z.B. (erhöhte) Studiengebühren für (intra-EU) ausländische Studierende als diskriminierend gewertet und verboten, Mobilitätsbarrieren zwischen den Einzelstaaten wurden teilweise abgebaut und dergleichen.<sup>36</sup> Der folgende Text ist also nicht als eine Generalanklage gegen die Europäische Integration zu verstehen. Im Gegenteil: Ich bin der Ansicht, dass der Bologna-Prozess nicht die einzige Konsequenz der Integration sein muss. Aber aufgrund der TINA-Rhetorik bestimmter Akteure soll dies wohl öffentlich so kommuniziert werden, aber das muss uns nicht weiter beeindrucken. Es ist nur ein weiterer Beweis für die absolutistische Haltung bestimmter sich als demokratiefreundlich ausgebender Akteure.

---

<sup>36</sup> Hier sind im Wesentlichen Austauschprogramme wie SORATES oder ERASMUS gemeint, die Mitte-Ende der Achtziger Jahre entwickelt wurden. Das ist nicht als Widerspruch zur weiter oben erfolgten Problematisierung der Mobilitätsbarrieren gemeint.

Allerdings muss ich an dieser Stelle betonen, dass im Folgenden lediglich eine von vielen unterschiedlichen Darstellungen geboten wird. Ich wünschte, ich hätte die zeitlichen Ressourcen, um auch eine andere Darstellung zum Ausgleich anzubieten, aber ich studiere auf BA... Fühlt euch deshalb eingeladen, selbstständig der Sache nachzugehen, wenn ihr ein vollständiges Bild von der Sache haben wollt. Die Folgende Passage ist zu verstehen als kommentierte Zeitleiste. Die Daten sind selbstredend recherchiert und werden mit Quellenangaben belegt. Die Interpretation, die ich vornehme, ist meine eigene, die ich zur Diskussion stelle. Ich will mich nicht als der Verkünder gesicherten Wissens verstanden wissen. Ich bin nämlich weder Politiker, noch beim Centrum für Hochschulentwicklung.

### **Grundrisse der Geschichte europäischer Bildungspolitik**

*„[...] Rat und Kommission (neigten) immer häufiger dazu, Bildungspolitik als Nebenprodukt von für den gemeinsamen Markt relevanten Verordnungen zu etablieren und diese aus wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzen zu begründen.“*

– PHILLIP ECKARDT

Der mit dem Begriff Bologna-Prozess Umschriebene Reformprozess wurde bereits 1998 in Paris an der Universität Sorbonne durch die sogenannte Sorbonne-Erklärung eingeleitet.<sup>37</sup> Diese war eher eine formelle Absichtserklärung ohne völkerrechtliche Bindung, die zunächst von den vier EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien unterzeichnet wurde.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. Eckardt, Phillip: Der Bologna-Prozess. Entstehung, Strukturen und Ziele der europäischen Hochschulreformpolitik, S. 29.

<sup>38</sup> Die vollständige Erklärung befindet sich im Anhang. Übrigens hat Rüttgers für Deutschland unterzeichnet. Die Scheiße hat also schon in der Regierung Kohl ihren Anfang genommen.

Eckardt stellt den Bologna-Prozess sogar in den Zusammenhang der europäischen Integrationspolitik, die bereits mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre **1951** ihren Anfang hatte. Artikel 69 enthielt erste Bestimmungen zur Anerkennung von Berufsbildungsabschlüssen. Damals ging es um die Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer in der Kohle- und Stahlindustrie.

**1957** hatte man sich Im Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) dann explizit auf die „Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen“<sup>39</sup> geeinigt. Des Weiteren wurden in der Folgezeit vom Europäischen Rat und der Europäischen Kommission Beschlüsse gefasst und Verordnungen erlassen, die das Zusammenwachsen der (Arbeits-)Märkte vorantreiben sollten.<sup>40</sup>

Zwei wichtige Kommissionsberichte machten Anfang der Siebziger Jahre in den führenden europäischen wie nationalstaatlichen Entscheidungsgremien die Runde: Das eine war der Jeanne-Report von **1972**, der dafür plädierte, dass die wirtschaftliche Harmonisierung einen entsprechenden Niederschlag in der Bildungspolitik finde solle. Hier tauchte zum ersten Mal die Forderung nach der Gleichwertigkeit der Abschlusszeugnisse auf, freilich nicht einhergehend mit der Gleichschaltung der Hochschulsysteme. **1973**, ein Jahr später folgte dem das Dahrendorf-Memorandum.<sup>41</sup> Dort wurde die sich abzeichnende Tendenz der Instrumentalisierung der Bildung durch die Wirtschaft erkannt und kritisiert: Es hieß, das Bildungssystem dürfe „unter keinen Umständen einfach als Bestandteil des Wirtschaftslebens angesehen werden“<sup>42</sup>. Weitergehend wurden als mittelfristige Ziele gefordert:

---

<sup>39</sup> Ebd. S. 10.

<sup>40</sup> Da wären insbesondere die folgende zu nennen: Die am **02.04.1963** vom Europäischen Rat beschlossene „Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung“; in der am **15.10.1968** erlassenen Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer fordert Artikel 12: Kinder von in anderen Mitgliedsstaaten tätigen Arbeitnehmer haben die gleichen Rechte bezüglich der Teilnahme am Unterricht und beruflicher Ausbildung wie Kinder von Inländischen Arbeitnehmern.

<sup>41</sup> Der Bericht wurde nach Dahrendorf benannt, der zu diesem Zeitpunkt tatsächlich Kommissar war. Er war zuständig für die Generaldirektion Forschung, Wissenschaft und Bildung.

<sup>42</sup> Eckardt (2005): S. 14.

- „Die Durchsetzung eines Bürgerrechts auf Bildung und Chancengleichheit aller
- Bewältigung des „Massenproblems“ im sekundären und tertiären Bildungsbereich
- Demokratisierung der Organisation des Bildungswesens und kritische Distanz zu Wirtschaft und Gesellschaft“<sup>43</sup>

Mit großem Bedauern ist heute festzustellen, dass es in der Vergangenheit zwar gute Ansätze für die Gestaltung der Universität sogar in den höchsten Gremien der Europäischen Union gegeben hat, diese jedoch – damals wie heute – keine praktische Umsetzung erfahren haben. Allerdings dürfte es eine Bestätigung für sämtliche studentische Reformforderungen sein, wenn einer der bedeutendsten deutschen Soziologen der Zeitgeschichte hinter diesen Forderungen steht. Zusätzlich dürfte dieses Argument sämtliche Bologna-Ideologen in Erklärungsnot bringen, da Dahrendorf erklärter Europa-Freund und bekennender Liberaler ist, womit der Vorwurf die Proteste wären primär ideologisch motiviert und von einer linksradikalen Minderheit getragen getrost in den Müll wandern kann!

Der erste Schritt zu einer europäischen Hochschulpolitik wurde am **09.02.1976** mit dem „Aktionsprogramm für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich“ gemacht. Darin ging es zum ersten mal explizit um die Kooperation auf dem Gebiet des Hochschulwesens. Es wurde ein ständiger Ausschuss für Bildungsfragen eingerichtet, bestehend aus Mitgliedern der Einzelstaaten und der Kommission. Das hatte direkte Konsequenzen für die Bildungspolitik in den Mitgliedsstaaten, was in bestimmten Ländern Kompetenzen anderer Organe tangierte. Dieses Vorgehen wurde im Laufe der Dekaden von zahlreichen Beschlüssen des EuGH legitimiert.<sup>44</sup> Das Blaizot-Urteil (**1988**) brachte letztlich die bisherige Tendenz auf den Punkt, Bildungspolitik als einen Reflex der wirtschaftlichen Integration zu sehen. So setzten die entscheidenden Richter (eine) Hochschul(aus)bildung mit einer Berufsausbildung

---

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Vgl. Eckardt (2005), S. 16; zu nennen sind hier insbesondere das Casagrade-Urteil (1976) und das Gravier-Urteil (1985).

gleich mit der Begründung, die Absolventen würden später auf Grundlage ihrer (Aus-)Bildung eine Beschäftigung aufnehmen.<sup>45</sup>

Im Jahre **1989** lief der erste „Prototyp“ des ECTS (European Credit Transfer System; seit Bologna „... and Accumulation System“) an, damals noch im Rahmen des ERASMUS-Programms, um im Ausland erbrachte Studienleistungen an der „Heimathochschule“ anrechnen lassen zu können.<sup>46</sup>

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden nun zum ersten Mal auch klare Kompetenzen im Bereich Bildungspolitik für Brüssel abgesteckt.<sup>47</sup>

Wirtschaftliche Turbulenzen im Laufe der Achtziger Jahre bewirkten eine neue ökonomische Strategie in der EU. Man erkannte ein ökonomisches Potenzial in Bildung, Bildung als „wirtschaftlicher Erfolgsfaktor“<sup>48</sup> sollte die europäische Wirtschaft fit für das 21. Jahrhundert machen. Die Europäische Union sollte zum größten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. In diesem Kontext sind auch die Beabsichtigten Verbesserungen zu verstehen:

- „Die Förderung der Mobilität durch die Schaffung eines (transparenten) europäischen Hochschulraumes,
- die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraumes sowie
- die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der europäischen Bürger“<sup>49</sup>

Die Förderung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist de facto eine Kampfansage an die Ivy-League-Universitäten in den USA, die aktuell für Studierende aus Asien attraktiver sind als Europa. Eine solche Kampfansage ist in Anbetracht der Milliardenbudgets dieser US-Elite-Unis aber mehr als verrückt. In Harvard liegt das Betreuungsverhältnis etwa bei 1:7! Konkurrenzfähigkeit? Dann

---

<sup>45</sup> Vgl. Ebd., S. 17; Bektchieva weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die dadurch entstandenen Vorteile auf Seiten der Studierenden hin, da nun das Diskriminierungsverbot auf Intra-EU-Ausländer an EU-Hochschulen ausgeweitet wurde; siehe hierzu: Bektchieva, Jana: Die europäische Bildungspolitik nach Maastricht, Münster 2004, S. 14.

<sup>46</sup> Vgl. Eckardt (2005), S. 25.

<sup>47</sup> Vgl. Eckardt (2005), S. 20-22; und Bektchieva (2004), S. 26-29.

<sup>48</sup> Bektchieva (2004), S. 75.

<sup>49</sup> Eckardt (2005), S. 45-46.

sollten die Idioten mal kräftig in die Tasche greifen und ein paar Professoren und Dozenten einstellen, anstatt Hochschulräte und Studiengebühren einzuführen...

Erreicht werden sollen die oben dargestellten Ziele durch eine Liste von Maßnahmen, die seither kontrovers diskutiert werden. Auf der einen Seite zwischen Befürwortern der oben genannten Ziele, die aber an der Effizienz der Maßnahmen zweifeln, auf der anderen Seite von Gegnern der formulierten Ziele, die die Untergrabung des traditionellen (neuhumanistischen) Zwecks von Bildung durch die Maßnahmen beklagen. Die Beabsichtigten Reformen, die in der (völkerrechtlich nicht bindenden) Absichtserklärung von Bologna unterzeichnet wurden, waren unter anderem:

- Studienstrukturreform, d. h. Schaffung eines gestuften Studiensystems mit zwei Zyklen, dem undergraduate-Zyklus bis zum ersten Abschluss, und dem graduate Zyklus;
- Einführung eines Leistungspunktesystems, ähnlich dem ECTS; die Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen erworben werden können (lebenslanges Lernen; besser: lebenslang zertifiziertes Lernen)
- Förderung der Qualitätssicherung der Forschung und Lehre
- Europäische Zusammenarbeit in der Curriculum-Entwicklung<sup>50</sup>.

Ins Jahr 1994 fällt, wie bereits erwähnt, die Gründung des Centrum für Hochschulentwicklung. Wenig später, **1997** schaffte der Vertrag von Lissabon (nicht zu verwechseln mit dem aktuellen EU-Verfassungersatz-Vertrag, der auch unter dem Namen Vertrag von Lissabon firmiert) Grundlagen zur gegenseitigen Anerkennung von Studienabschlüssen. **1998** trafen sich Tessa Blackstone (Großbritanniens Ministerin für höhere Bildung), Claude Allegre (Frankreichs Minister für Bildung, Forschung und Technologie), Jürgen Rüttgers (Deutschlands Minister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und Luigi Berlinguer (Italiens Minister für öffentlichen Unterricht, Universitäten und Forschung) in Paris, um eine symbolische Absichtserklärung auf den Weg zu

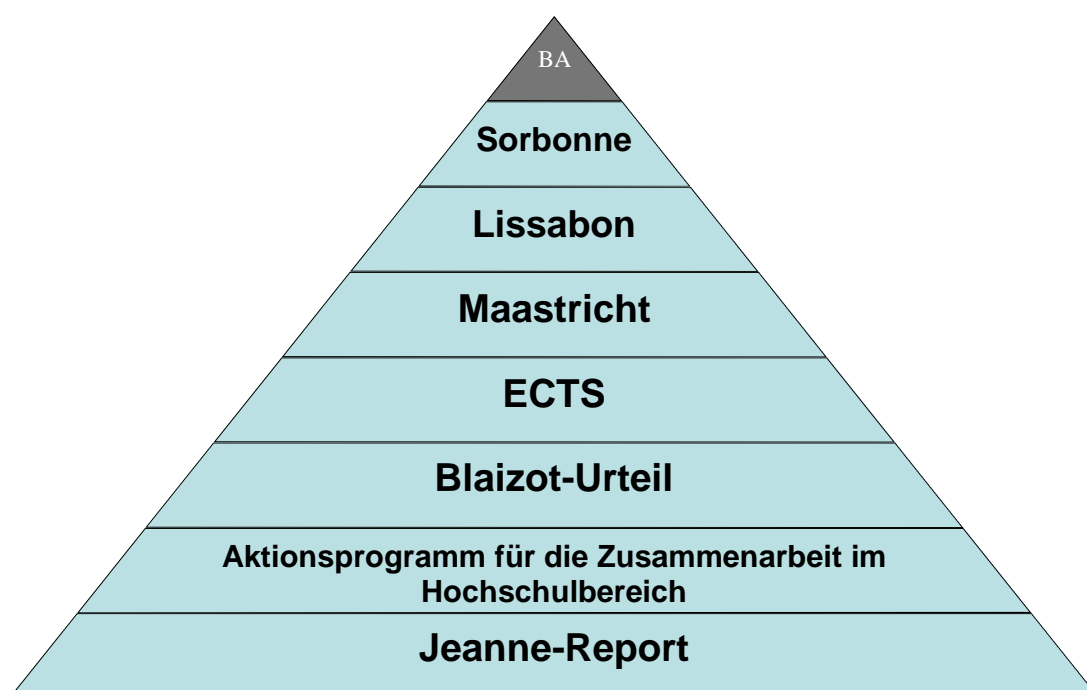
---

<sup>50</sup> Vgl. Bologna-Erklärung, [http://www.thueringen.de/imperia/md/content/hochschulen/bologna\\_erklaerung\\_hrk.pdf](http://www.thueringen.de/imperia/md/content/hochschulen/bologna_erklaerung_hrk.pdf), Zugriff im Januar 2009.

bringen, welche später als die Sorbonne-Erklärung in die Geschichte eingehen sollte. Hier fiel auch zum ersten Mal die Leerformel „Europa des Wissens“ in Zusammenhang mit den Defiziten bei der Integration im Kulturellen Bereich sowie des Bildungswesens. Es hieß, „man sollte nicht vergessen, daß [sic!] Europa nicht nur das Europa des Euro, der Banken und der Wirtschaft ist; es muß [sic!] auch ein Europa des Wissens sein.“<sup>51</sup>

Ein Jahr später kam schließlich die Bologna-Erklärung, die für Deutschland übrigens von der damaligen Schleswig-Holsteinischen Wissenschaftsministerin Ute Erdsiek-Rave unterzeichnet wurde. Der Irrsinn liegt in der Tatsache, dass diese Erklärungen keinerlei juristische Bindung haben, aber immer wieder herangezogen werden, um zu erklären, die Reformen geschähen auf Grundlage von Verpflichtungen.

Abb.1: Chronik europäischer Bildungspolitik



Quelle: Eigene Darstellung nach Eckhardt 2005

---

<sup>51</sup> Sorbonne-Erklärung, S.1.

Was ist in Deutschland auf Grundlage dieser Agenda passiert? Umgesetzt wurde zu allererst, wenn auch nur halbherzig, die Einführung der neuen Studienstruktur, die, trotzdem die Vereinbarung dies nicht zwingend voraussetzte, die „alten“ Studiengänge verdrängte. So wurde der undergraduate-Zyklus auf drei Jahre festgesetzt und mit dem Bachelor zertifiziert, auf dem man noch einen zweijährigen Zyklus mit dem Abschluss Master draufsatteln kann, Diplom und Magister landen auf der Müllkippe der Geschichte. Die ECTS-Punkte wurden eingeführt, nennenswerte Mobilitätswachse sind bisweilen nicht festzustellen. Evaluierungen finden in aller Regelmäßigkeit statt, nennenswerte Veränderungen bzw. Verbesserungen haben sie dem Prozess bisher nicht beigetragen.

### **Zwischenfazit**

Soweit ist festzustellen, dass das einzige, was mit der Reform vereinheitlicht wurde, der Titel der Abschlüsse ist. Und bedenkt man, dass der Motor der europäischen Integration die Wirtschaft war und ist, dann bekommt der Vorwurf der Ökonomisierung des Bildungssystems, bislang als vermeintliche Leerformel linker Kritiker ignoriert, plötzlich ein solides argumentatives Fundament. Speziell die Tatsache, dass mit Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas zwei Schwergewichte deutscher Wissenschaft genau diese Sorge teilten und bereits vor 40 bzw. 30 Jahren auf diese Tendenz hinwiesen, sollte nun endlich quer über ideologische Denkschranken hinweg die Blicke schärfen auf die wichtigste Frage, die die gesamte Reform aufwirft: „Was ist eine Universität?“ Und damit verbunden: „Welche Aufgabe hat die Universität in der Gesellschaft?“ Überlegungen diesbezüglich sind zentral für ihre Organisation und Ausgestaltung.

Die Verantwortlichen versuchen ihre Reform irgendwie noch durchzuschleusen bis 2010, damit sie uns dann weismachen können, die erste Phase wäre geschafft, nun gehe es an die Nachbesserungen. Fakt ist: Nichts ist geschafft. Sie haben uns in eine katastrophale Situation gebracht, und werden uns im nächsten Jahr wie immer wieder Geduld und Vertrauen abpressen wollen. Die Frage ist, ob wir das mit uns machen lassen. Für mich ist es unverständlich, wieso man ausgerechnet

die Leute, die uns diese Misere beschert haben, mit der Aufgabe betrauen sollte, eine Lösung zu entwickeln.

Darum geht es ihnen auch nicht. Der Punkt ist, wir leben in einem politischen System, in welchem die Politik nicht über Inhalte Zustimmung erwirbt, sondern durch professionelles Marketing. Und die Grundregel des Marketing lautet: Ausschließlich die positiven Attribute des Produktes zu erwähnen, Schwächen existieren nicht. Sie gaben und geben nicht zu, dass sie uns mit 200 Sachen an die Wand gefahren haben! Die von der CSED, der Christlich-Sozialdemokratischen Einheitsregierung Deutschlands! Der Vergleich zur DDR drängt sich geradezu auf: Parteitage mit genau einem Anwärter auf Spitzenkandidaturen, mit Zustimmungsraten von 95%, Kritikimmunität einer sich in Palästen hinter Bannmeilen und Polizeisperren verschanzenden Funktionärskaste, generelle Unfähigkeit auf wirtschaftliche und soziale Anforderungen der Zeit zu reagieren, groß angelegte mediale Inszenierungen vermeintlicher Erfolge während eigentlich alles vor die Hunde geht – das alles scheut keinen Vergleich mit der DDR!

Wir müssen Mittel und Wege finden, der Öffentlichkeit zu beweisen, dass diese Leute unfähig waren und sind auf die Probleme unseres Bildungssystems vernünftig zu reagieren. Erst dann, und nur dann, gibt es eine Basis, wirkliche strukturelle Nachbesserungen durchzusetzen.

Ein erster Schritt für solche Nachbesserungen wären Bachelorstudiengänge auf vier Jahre zu strecken – bei gleich bleibendem Stoff, versteht sich, und ohne eine gleichzeitige Verkürzung des Masterstudiums – und den Studienablauf zu flexibilisieren (d.h. der Studierende entscheidet selbst, wann er was belegt), den freien und unquotierten Masterzugang einzuklagen und die Mobilität innerhalb Deutschlands wiederherzustellen (bevor man sich mit der Internationalität auseinandersetzt, die nicht weniger wichtig ist). Damit ist es aber immer noch nicht gelaufen. Die Frage zwischen dem Verhältnis von Bildung und Ausbildung wird damit immer noch nicht beantwortet sein. Aber das wären erste Erfolge, auf die unsere Nachfolgekohorten aufbauen können.

Ich selbst studiere im 6. Semester Politikwissenschaft und Soziologie auf Bachelor und habe überhaupt keine Probleme mit meinem Masterzugang. Ich werde also von keiner dieser Nachbesserungen selber direkt profitieren. Darum

geht es mir auch nicht. Meine Verpflichtung gilt zu allererst der Wissenschaft, die steht für mich sogar über der Verfassung (da diese ein Kind von ihr ist; die Wissenschaft ist wesentlich älter als die Demokratie). Die Universität ist eine gesellschaftliche Institution, die vor meinem Studium existiert hat, und nach meinem Studium weiterexistieren muss. Wenn sie ruiniert wird, wird das Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben, die auch irgendwann wieder auf uns alle zurückfallen werden (beispielsweise dann, wenn einige von uns ihren Kindern erklären müssen, warum wir nie etwas gegen diese Scheiße unternommen haben; vor allem aber wird die gesellschaftliche Kritikfähigkeit abnehmen und Menschen in leitenden Positionen werden zunehmend kleingeistiger). Wir stehen vor schwierigen sozialen, ökologischen wie ökonomischen und politischen Problemen, die wir mit den bisherigen Methoden nicht in den Griff kriegen werden. Wir brauchen Innovation, und die lässt sich nicht normieren, die kommt nicht auf Kommando. Dafür brauchen wir Denkfreiräume. Als solchen habe ich die Universität nach Auseinandersetzung mit Humboldts Bildungsphilosophie verstanden. Dass das CHE und Bertelsmann das anders sehen, versetzt mich weder in Staunen, noch beeindruckt mich das. Sie haben ihre Inkompetenz bis zum heutigen Tage eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Jetzt kommt es auf uns an.

Aktionen hat es in den vergangenen zehn Jahren zu Genüge gegeben, wir müssen uns nur an sie erinnern. So wurden 2003/04 in Weimar und Leipzig gestreikt, in Wiesbaden hat es 2006 eine Besetzung des Wissenschafts-Ministeriums gegeben, in Nordrhein-Westfalen hat es zahlreiche Besetzungen gegeben, in Hamburg ebenso (zuletzt die Besetzung der Parteizentrale der Grünen 2008).<sup>52</sup> Große Kampagnen gegen Studiengebühren laufen seit ihrer Einführung in sämtlichen Bundesländern, in denen sie eingeführt wurden, in Berlin konnten sie sogar durch das Stürmen einer PDS-Plenarssitzung (sie mussten in der Koalition zustimmen, stimmten allerdings zu 75% gegen den von der SPD eingereichten Antrag) verhindert werden. Darüber hinaus wurde am 12.12.2003 der Hauptstadtsitz von Bertelsmann besetzt, um gegen die Hochschulpolitik des

---

<sup>52</sup> Siehe Quellen: Studentischer Protest dokumentiert.

CHE zu protestieren. Der studentische Protest wurde äußerst umfassend dokumentiert und ist im Internet auf zahlreichen Seiten zu finden. Wir dürfen nicht denken, wir wären die ersten, die zum Handeln entschlossen sind. Wir sind EINE BEWEGUNG. Aber die soziale Rolle Studierender ist eine Durchgangsrolle, weshalb es uns nicht möglich ist, einen Protest von Anfang bis Ende als Studierende zu begleiten und die Ergebnisse zu sehen. Wenn wir uns darüber im Klaren werden, dass wir immer nur als Angehörige einer bestimmten Kohorte in einem bestimmten Zeitraum einen Teilbeitrag zum Gesamtprotest leisten können, werden wir gewinnen. Denn wenn wir nach dem Abschluss nicht vergessen, wo wir herkommen, werden wir immer mehr. Das Establishment vergrößert sich nicht. Und ihre Argumente werden auch nicht besser werden...

Holen wir uns die Universität zurück. Let's roll!

# Quellen:

## Monografien:

Bektchieva, Jana (2004): Die europäische Bildungspolitik nach Maastricht, Münster.

Eckardt, Phillip (2005): Der Bologna-Prozess. Entstehung, Strukturen und Ziele der europäischen Hochschulreformpolitik, Bonn.

Habermas, Jürgen (1969): Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a. M.

Kimmich, Dorothee/Thumfart, Alexander (Hg) (2004): Universität ohne Zukunft?, Frankfurt a. M.

Knoll, Joachim H./Siebert (1969), Horst: Wilhelm von Humboldt. Politik und Bildung, Darmstadt.

Knorr-Cetina, Karin (1998): Sozialität mit Objekten. Soziale Beziehungen in post-traditionalen Wissensgesellschaften. S 83-120, in: Werner Rammert (Hg.): Technik und Sozialtheorie, Frankfurt a. M./New York.

Kretschmann, Claudia (2008): Studienstrukturreform an deutschen Hochschulen: Soziale Herkunft und Bildungsentscheidungen Eine empirische Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess. SOFI Arbeitspapier 2008–3. Göttingen.

Liessmann, Konrad Paul (2006): Theorie der Unbildung, Wien.

Müller-Böling, Detlef (2000): Die entfesselte Hochschule, Gütersloh.

OECD (1996): The knowledge-based Economy. Arbeitspapier Nr. OECD/GD(96)102. Paris.

Wissenschaftsrat (2005): Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem, Köln.

### **Onlinequellen:**

<http://www.akkreditierungsrat.de/>

Alidusti, Kyrosch: Think Tank für Studiengebühren. Wie das Centrum für Hochschulentwicklung Politik an Hochschulen macht, auf: <http://www.studis-online.de/HoPo/art-689-che-politik.php>, Zugriff am 06.03.2009.

Bieri, Peter (2005): Wie wäre es, gebildet zu sein? Auf: [www.phbern.ch/fileadmin/Bilder\\_und\\_Dokumente/01\\_PHBern/PDF/051104\\_Festrede\\_P.Bieri.pfd](http://www.phbern.ch/fileadmin/Bilder_und_Dokumente/01_PHBern/PDF/051104_Festrede_P.Bieri.pfd), Zugriff im März 2009.

Leffers, Jochen/Mersch, Britta: Lehrer zum TÜV, Kinder in die Vorschule, auf: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,470637,00.html>, Zugriff am 07.03.2009

Müller-Böling, Detlef: Vorsicht, Mythenbildung!, auf: [http://www.zeit.de/2005/07/C-Geb\\_9fhrenmythen](http://www.zeit.de/2005/07/C-Geb_9fhrenmythen), Zugriff am 07.03.2009.

Stegemann, Thorsten: Ranking der Universitäten zunehmend unter Kritik, auf: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26469/1.html>, Zugriff am 06.03.2009.

Süddeutsche.de: Kritik an Umfrage zu Studiengebühren, auf: <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/135/337982/text/>, Zugriff am 06.03.2009.

### **Politische Dokumente:**

Bologna-Erklärung:  
[http://www.thueringen.de/imperia/md/content/hochschulen/bologna\\_erklaerung\\_hrk.pdf](http://www.thueringen.de/imperia/md/content/hochschulen/bologna_erklaerung_hrk.pdf), zugriff im Januar 2009.

Sorbonne-Erklärung:  
[http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/Sorbonne\\_Erklaerung.pdf](http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/Sorbonne_Erklaerung.pdf),  
Zugriff Februar 2009.

Magna Charta der Universitäten:  
[http://www.magna-charta.org/pdf/mc\\_pdf/mc\\_german.pdf](http://www.magna-charta.org/pdf/mc_pdf/mc_german.pdf)  
Zugriff März 2009.

Hochschulrahmengesetz auf: [http://www.bmbf.de/pub/hrg\\_20020815.pdf](http://www.bmbf.de/pub/hrg_20020815.pdf), Zugriff März 2009.

## **Studentischer Protest dokumentiert:**

Archiv für Studierendenprotest in Berlin:

<http://www.astafu.de/inhalte/publikationen/hopo/unimut/ueberblick/>

Antonio Landsberger, Universität Stuttgart/Andreas Bühler, Musikhochschule Stuttgart/Tobias Schmidt, Universität Münster/Andreas Fest, Universität Leipzig/Henning Schulze, Universität Leipzig/Simone Ott, Universität Gießen/Marcel Winter, Universität Duisburg-Essen/Jens Wernicke, Bauhaus-Universität Weimar (2005): Proben für den großen Krach. Handbuch zur studentischen Protestorganisation, auf: <http://www.streiflicht-online.de/protesthandbuch/>, Zugriff am 23.03.09.

Besetzung des Hauptstadtsitzes von Bertelsmann in Berlin am 12.12.2003, auf: [www.youtube.com/watch?v=oCBPNoLhbRg](http://www.youtube.com/watch?v=oCBPNoLhbRg), Zugriff im April 2009.

StudierendenvideoaktivistenInnennetzwerk (2006): Summer of Resistance Reloaded, auf: [www.video.google.com/videoplay?docid=5132924373219365319](http://www.video.google.com/videoplay?docid=5132924373219365319), Zugriff April 2009.

OaseTV (2008): Uni in Düsseldorf im Ausnahmezustand: Protest gegen Jürgen Rüttgers, auf: [www.youtube.com/watch?v=ao8an1VMznY](http://www.youtube.com/watch?v=ao8an1VMznY), Zugriff im April 2009.

Heidenreich, Christian/Vedder, Dirk (2008): Studentendemo Düsseldorf 16. Juni 2008, auf: [www.youtube.com/watch?v=k5d9HIQUrM0&feature=related](http://www.youtube.com/watch?v=k5d9HIQUrM0&feature=related), Zugriff im April 2009.